



ooo ordentliches
Lehrfach?

SCHWERPUNKTTHEMA

Dauerthema Religionsunterricht

Strategien gegen den Stillstand

Inhalt

Editorial

Gunnar Schedel	
Religionsunterricht als Politikfeld	1
Blätterwald	12

Buchbesprechung

Peter Rüttgers: Religiös verfolgt im Herkunftsland und in Deutschland	44
Zündfunke	45
Internationale Rundschau	48
Impressum	57

Titelthema:

Dauerthema Religionsunterricht

Rainer Ponitka

Missionierung an öffentlichen Schulen	5
---	---

Mirko Schultze

Religionsunterricht, weil es besser für die Zukunft des Kindes ist	9
--	---

Staat und Kirche

Dieter Birnbacher

Freitodbegleitung und psychische Krankheit	
Über die Ansprüche an die Frei- verantwortlichkeit des Sterbe- wunsches. Eine Begriffserläuterung ..	15

Antonius Kardonnert

Kritische Überlegungen zum Tanzverbot	21
--	----

Romo Runt

Kunstfreiheit

Wie eine Museumsdirektorin eine Ausstellung von Kunst befreit	31
--	----

„Äußerungen über die Vorhaut Jesu
wurden im Jahre 1900 päpstlicher-
seits untersagt“

Ein Interview mit Rolf Cantzen über seinen neuen Roman, der dieses Verbot nicht einhält	35
---	----

Bernd Cunow

Das Himmlische Jerusalem

Eine Querdenker-Religion mit Endzeitphantasien	39
---	----

Prisma

Caro

Über Schwangerschaftsabbrüche, Gehsteigbelästigung und Abtreibungsgegner*innen	27
--	----

Religionsunterricht als Politikfeld

Der Bereich Bildung war im Laufe der Säkularisierungskonflikte in den letzten gut 200 Jahren ein besonders umkämpfter Sektor. Dies war darauf zurückzuführen, dass vor allem die Schulbildung zunächst fast vollständig in kirchlicher Hand lag. Und auch nachdem sie zunehmend als staatliche Aufgabe begriffen wurde, blieb die „kirchliche Schulaufsicht“ erhalten und der Einfluss der Kirchen auf die Lehrinhalte gesichert. Diesen Vorteil der Religionsgemeinschaften im Kampf um die Köpfe galt es zu beseitigen. Auch die Debatten um den Religionsunterricht sind ein Stück weit unter dieser Perspektive zu verstehen.

Zunächst stand beim Religionsunterricht aber ein anderer Aspekt im Vordergrund. Denn als im 19. Jahrhundert allmählich auch für Nichtchristen etwas Religionsfreiheit gewährt wurde und schließlich sogar ein Leben ohne Zuordnung zu einem Bekenntnis möglich war, blieb eine Bevölkerungsgruppe davon ausgenommen: Kinder und Jugendliche.

Denn selbst Kinder von Eltern, die keiner Kirche angehörten, mussten den Religionsunterricht besuchen.¹ In Preußen gab es für einige Jahrzehnte Ausnahmeregelungen, aber seit 1892 wurden die Rahmenbedingungen bewusst so verschärft, dass dieser Ausweg für Konfessionslose, die keiner anerkannten freien Gemeinde angehörten (und damit für alle Ungläubigen im engeren Sinne), de facto verschlossen war. Es ging in der Frage des Religionsunterrichts für Konfessionslose also bis

1918 in erster Linie um die Durchsetzung des grundlegenden Menschenrechts, ihre Kinder ohne den Zugriff der Kirchen aufziehen zu können.

Es ist die Leistung von Adolph Hoffmann, dass dieser Zustand systematischer Diskriminierung beendet wurde. Bereits wenige Tage nach der Revolution verfasste der von den Arbeiter- und Soldatenräten zum Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ernannte USPD-Politiker einen Erlass, der die Befreiung vom Religionsunterricht ermöglichte. Während die meisten für den schulischen Bereich angesprochenen Reformen keinen Bestand hatten, blieb es in diesem Fall dabei: Konfessionslose Kinder mussten seitdem nicht mehr zwangsweise den katholischen oder evangelischen Religionsunterricht besuchen.² Dass die Umsetzung vor allem in ländlichen Gebieten nicht immer reibungslos verlief, ist leicht vorstellbar. Und aus Rainer Ponitkas Artikel in diesem Heft geht hervor, dass es bis heute Schulleiterinnen oder Lehrer gibt, die sich unterwegs im Namen des Herrn wähnen und versuchen, Schülerinnen und Schülern, die sich vom Religionsunterricht abmelden, Steine in der Weg zu legen. Aber grundsätzlich war dieser Konflikt zugunsten des Grundrechts auf Weltanschauungsfreiheit entschieden.

Seitdem ist die Auseinandersetzung um den Religionsunterricht vor allem eine Frage gesellschaftlicher Gestaltungsmöglichkeiten: Es lässt sich daran ablesen, wie es um die Macht-

verhältnisse zwischen religiösen und säkularistischen Kräften bestellt ist. Auf den ersten Blick scheint es so, als sei der Religionsunterricht unantastbar. Nicht nur weil ihm durch die Erwähnung in Art. 7, Abs. 3 des Grundgesetzes Verfassungsrang zukommt, sondern auch, weil er ausreichend Fürsprecher im konservativen Lager hat. Und so steht die „Abschaffung des Religionsunterrichts“ an öffentlichen Schulen schon seit langem auf der Forderungsliste der Interessenvertretungen der Konfessionslosen. Ob in den Schulkonzepten der Freidenkerbewegung oder im aktuellen Politischen Leitfaden des *Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA) – fast überall findet sich die Idee einer Schule ohne Religionsunterricht. Sich in dieser Frage durchzusetzen, ist allerdings bis heute nicht gelungen.

Trotzdem wäre es falsch zu denken, es hätte in den vergangenen Jahrzehnten keinerlei Veränderung gegeben. Nach der Novemberrevolution gab es in den 1920er Jahren eine ganze Reihe weltlicher Schulen, an denen kein Religionsunterricht erteilt wurde. Diese wurden abgeschafft, als die Machtverhältnisse sich 1933 grundlegend änderten. Unter den Nationalsozialisten hatten religionsferne Gesellschaftskonzeptionen keine Chance mehr. Und auch in der Adenauer-Zeit kam dem Modell der weltlichen Schule keine nennenswerte Bedeutung mehr zu. Den Kirchen wurde nun wieder jene Kompetenz in Erziehungsfragen zugestanden, die von der sozialistischen Arbeiterbewegung mit gewissen auch praktischen Erfolgen bestritten worden war. Wenn es vor 1990 Schulen ohne Religionsunterricht gab, zeigte

sich darin nicht politische Veränderung, sondern Lehrkräftemangel.

Als die Kirchen jedoch Anfang der 1990er Jahre versuchten, in Brandenburg das Schulfach *Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde* (LER) zu verhindern, scheiterten sie. Weder politischer Druck noch eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht konnten verhindern, dass das Fach flächendeckend eingeführt wurde. Heute nehmen in den Jahrgangsstufen, in denen es angeboten wird, rund 90% der Schülerinnen und Schüler an diesem wissenschaftsbasierten und weltanschaulich neutralen Unterricht teil. De facto hat LER den Religionsunterricht hier ersetzt.

Auch 2009 mussten die Kirchen eine Niederlage einstecken. Ihre Kampagne *Pro Reli*, die zur Einführung des Religionsunterrichts als Wahlpflichtfach in Berlin führen sollte, scheiterte. Trotz prominenter Fürsprecher wurde nicht nur das Quorum verfehlt; auch unter den abgegebenen Stimmen gab es eine Mehrheit für die Beibehaltung des derzeitigen Modells, das auf der Freiwilligkeit der Teilnahme an den religiösen und weltanschaulichen Unterweisungen beruht.

Offensichtlich haben die Kirchen nicht mehr die gesellschaftliche Verankerungen und nicht ausreichend Macht, um in Sachen Religionsunterricht nach Belieben ihre Position durchsetzen zu können. Gleichwohl bleibt es das Ziel, den konfessionellen Unterricht überall, selbst im weitgehend konfessionslosen Berlin, einzuführen. Das zeigte sich zuletzt im vergangenen Winter, als sich CDU und SPD im Koalitionsvertrag darauf einigten, einen neuen Anlauf zu nehmen, den Sonderstatus Berlins aufzuheben.

Bei all diesen Manövern geht es, wie gesagt, um Machtpolitik. Wann immer pädagogische Argumente ins Feld geführt werden, wird es peinlich. Beispielsweise wenn der Regierende Bürgermeister von Berlin Kai Wegner (CDU) als Begründung für die geplante Einführung des konfessionellen Religionsunterrichts als Wahlpflichtfach meint, der nach Religionszugehörigkeit getrennte Unterricht könne jungen Menschen zeigen, dass es unterschiedliche Glaubensrichtungen gebe: „Religion ist aber nichts, was spaltet, sondern etwas, was verbindet.“³ Was das in einer Stadt mit weit über 50% Konfessionslosen bedeuten mag, weiß Wegner wahrscheinlich selbst nicht.

Wer sich kirchlicherseits fachlich mit diesem Thema befasst, hat meist einen deutlich realistischeren Blick auf die Materie. So schreibt der Direktor des *Instituts für Staatskirchenrecht der Diözesen Deutschlands* (Bonn), Ansgar Hense: „Die verfassungsrechtliche Gewährleistung des Religionsunterrichts nach Art. 7 Abs. 3 GG birgt aber auch für die christlichen Kirchen mitunter Schwierigkeiten. Die religiösen Verhältnisse haben sich in den 75 Jahren seit der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland erheblich gewandelt. Der monokonfessionelle Religionsunterricht scheint mittlerweile kein absolutes Dogma (mehr) zu sein, wenngleich er noch immer die am weitesten verbreitete Form des regulären Religionsunterrichts an staatlichen Schulen darstellen dürfte. Schon seit Längerem werden ökumenische Kooperationen praktiziert.“⁴

Es stehen also, das ist sicher, Veränderungen an. Allein schon die demographische Entwicklung und die kontinuierlich sinkende Zahl an Kir-

chenmitgliedern macht es unvermeidlich, die Organisation des schulischen Religionsunterrichts zu reformieren. Versuche mit einem ökumenischen bzw. „konfessionell-kooperativen“ Unterricht laufen bereits seit Jahren. Auch die Einführung eines Islamunterrichts schreitet voran. Beide Formen des Religionsunterrichts haben streng genommen mit dem in Art. 7, Abs. 3 genannten Fach, das „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften“ erteilt wird, nur noch wenig zu tun. Denn es geht, wie gesagt, um Machtpolitik (hier: die Versorgung der eigenen Klientel mit gut dotierten Stellen).

Welche Optionen ergeben sich in dieser Debatte für die Konfessionslosen? Welche Forderungen sollten ihre Interessenverbände erheben? Mit welchen Strategien ließe sich der Status quo zum Besseren verändern?

Darauf zu vertrauen, dass sich die Sache von alleine in unserem Sinne regelt, dass der Religionsunterricht keine Zukunft hat, weil die Zahl der katholischen, evangelischen und muslimischen Kinder irgendwann zu gering ist, halte ich für keinen guten Plan. Der Beitrag von Mirko Schultze macht sehr deutlich, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dazu führen können, dass auch Konfessionslose ihre Kinder „freiwillig“ in den Religionsunterricht schicken.

Sollen die säkularen Verbände weiter darauf drängen, dass der Religionsunterricht aus den öffentlichen Schulen verbannt wird? Welche Wege gibt es, angesichts Art. 7, Abs. 3 dieses Ziel zu erreichen? Bietet die Formulierung der „bekenntnisfreien Schule“ ein Instrument, Schulen ohne Religionsunterricht einzuführen? Und falls dem

so wäre: Wie ließe sich das in der Praxis verwirklichen?

Sollen die Verbände in ihrer Kritik darauf setzen, dass die Finanzierung religiöser Unterweisung der wachsenden Zahl an Konfessionslosen nicht zuzumuten ist? Oder eher auf den mangelnden wissenschaftlichen Charakter des Religionsunterrichts, der diesen zu einem Fremdkörper in der Schule macht, abstellen?

Oder soll ins Feld geführt werden, dass in einer pluralistischen Gesellschaft ein Unterricht, der Schülerinnen und Schüler nach vermeintlichen Identitäten trennt, gesellschaftliche Spaltungen eher vertieft als sie aufzuheben? Kann es ein Hebel sein, einen integrativer Unterricht zu fordern, in dem die Schülerinnen und Schüler gemeinsam über Lebensfragen und ethische Entscheidungen diskutieren? Oder riskieren wir damit, dass zumindest eine Generation lang nicht mehr benötigte Religionslehrkräfte ein solches Fach dominieren würden?

Nicht zuletzt: Hat das Thema Religionsunterricht überhaupt genug Mobilisierungspotential, ist es den Konfessionslosen wichtig genug, um sich in dieser Sache zu engagieren?

Die Antwort auf diese Frage wird nicht zuletzt davon abhängen, welche Strategie die Religionsgesellschaften verfolgen werden. Auch wenn die beiden großen christlichen Kirchen derzeit eher defensiv agieren und sich vorrangig um ihre eigenen Probleme kümmern – den Anspruch, dem Rest der Welt die Frohe Botschaft beizubringen, haben sie nie aufgegeben. Wenn sie im Religionsunterricht eine realistische Option sehen, diesen dafür einzusetzen, werden sie es versuchen. Es geht, wie gesagt, um Machtpolitik.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Horst Groschopp: Weltliche Schule und Lebenskunde. Dokumente und Texte zur Hundertjahrfeier ihrer praktischen Innovation 1920. Aschaffenburg 2020, S. 39-43. In Preußen gab es seit 1859 eine Regelung, die „Dissidenten“-Kinder von der Teilnahme am Religionsunterricht befreite, sofern nachgewiesen werden konnte, dass sie durch einen selbstorganisierten Unterricht in die „Christenlehre“ eingeführt wurden.
- 2 Vgl. Michael Schmidt: Adolph Hoffmann und die Trennung von Schule und Kirche in der Novemberrevolution. In: Horst Groschopp (Hrsg.): „Los von der Kirche!“ Adolph Hoffmann und die Staat-Kirche-Trennung in Deutschland. Aschaffenburg 2009, S. 109-127.
- 3 Berlin will Religionsunterricht als Wahlpflichtfach bis Ende 2026, rbb vom 7.5.2024, <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2024/05/berlin-kai-wegner-buergermeister-will-bis-2026-religionsunterricht-als-wahlpflichtfach-schule-bildung.html> (Zugriff 6.11.2024)
- 4 <https://www.experteninitiative-religionspolitik.de/blog/die-neuordnung-des-religionsunterrichts-im-land-berlin/> (Zugriff 6.11.2024)

Religionsunterricht, weil es besser für die Zukunft des Kindes ist

In Sachsen sind ca. 21% der Menschen in einer der beiden „großen“ Kirchen organisiert, dennoch scheint der Religionsunterricht in den Schulen normal zu sein und wird auch oft von den Kindern bzw. deren Eltern gewählt. Warum eigentlich, spielt Religion eine wichtige Rolle oder wird sie nur akzeptiert, weil viele glauben, sie gehöre dazu, um systemkompatibel zu sein? Der folgende Text ist meine These dazu, er ist keine wissenschaftliche Untersuchung, sondern ein Diskussionsbeitrag über den gefühlten und tatsächlichen Einfluss von Religion in Ostsachsen.

Es geht um die offensichtliche Diskrepanz zwischen Religionszugehörigkeit und dem Einfluss institutionalisierter religiöser Gruppen und darum, warum Atheismus oft als Sonderrolle wahrgenommen wird, obwohl er die Lebensweise der Mehrheit ist.

Wenn man mit jungen Menschen über ihre Schulerfahrungen spricht, und das sollten nicht nur kommunalpolitisch Engagierte öfter tun, dann kommt schnell das Thema Religionsunterricht und die Aussage: „Ich glaube nicht an Gott“ oder „Ich bin nicht religiös, aber ich habe mich für Religion entschieden“. Warum eigentlich? Weil die Lehrerin cool war, weil die Eltern es so wollten oder weil viele kleine Schulen auf dem Land geschlossen wurden und die meisten freien Schulen in Trägerschaft eines kirchlichen Trägers oder eines Vereins sind? Oder liegt es daran, dass die Eltern die Erfahrung gemacht haben, dass man die vermeintlich von „oben“ gewünschte Haltung zumindest vortäuschen muss, um in der Sicherheit der Konformität seinen Weg gehen zu können?

In einer kurzen, nicht repräsentativen Umfrage unter Jugendlichen in Görlitz gaben 66% der Teilnehmenden an, am Religionsunterricht teilgenommen zu haben und 64% aller Teilnehmenden, dass sie Religionsunterricht nicht gut fänden. 61% der Befragten antworteten auf die Frage „Sollte Religionsunterricht nicht in der Schule stattfinden?“ mit „Ja“, sprachen sich also für einen wertneutralen Unterricht in der Schule aus. Die Möglichkeit, die eigene Meinung in einer kurzen Notiz niederzuschreiben, wurde genutzt, um sich einen Unterricht zu wünschen, der über alle Religionen und Weltanschauungen informiert und nicht einseitig in eine Richtung blickt. Es besteht also Interesse an Vielfalt und anderen Lebensweisen. Kaum zu finden ist der Wunsch, über ein Leben ohne Religion, Götterglauben oder ähnliches informiert zu werden. Dies kann zum einen daran liegen, dass in einer Region, die überwiegend von Menschen bewohnt wird, die selbst atheistisch leben, nicht-religiöse Lebenswelten als normal und



Sind Ostdeutsche, wenn es um Religion geht, zu „anpassungsfähig“? (Foto: gugacurado / pixabay.com)

damit eher in die Alltagsbewältigung integriert, denn als eigenständige Lebensform betrachtet werden – dann müsste man einen Unterschied zu westdeutschen Regionen mit mehrheitlich religiöser Gesellschaft finden. Oder es handelt sich um ein Problem der schulischen Bildung, dann wäre es eine Frage der Gestaltung von Unterrichtsinhalten. Es kann aber auch sein, und diese These möchte ich hier vertreten, dass Personen, die als Repräsentantinnen der institutionalisierten Religion auftreten, als solche benannt, begrüßt oder einbezogen werden, während Personen, die faktisch Repräsentantinnen eines religionsfreien Lebens sind, nicht als solche wahrgenommen werden. Keine Eröffnung, keine Einweihung, keine öffentliche Veranstaltung ohne Beteiligung der institutionalisierten Religion, Verbände wie der IBKA kommen dagegen nicht vor.

Die zweite Erklärungsmöglichkeit wäre, dass die Eltern sehr wohl ab-

wägen, was sie für ihre Kinder für das Beste halten, und sich für den Religionsunterricht entscheiden. In Sachsen, das seit 1990 von einer beispiellosen Welle der Rechristianisierung des öffentlichen und privaten Lebens geprägt ist, liegt diese Vermutung sehr nahe. Viele der Helferinnen und Helfer, die im Zuge des Umbaus von Verwaltung, Arbeitswelt und öffentlichem Leben nach Sachsen kamen, waren Angestellte, Manager oder Beamte aus dem Westen und mit ihnen eine Verzerrung der Wahrnehmung der Bedeutung der Kirche im Staat und damit auch eine scheinbare Aufhebung der Trennung von Kirche und Staat.

Die Menschen haben schnell gelernt, dass man als Christ einen Bonus hat, weil die jetzt Verantwortlichen aus dem Westen kommen, und schnell bereit sind, in Schubladen zu stecken. Christen sind diejenigen, die in der DDR nicht staatstragend waren, und wie viele Christen glauben sie, wer nicht an Gott glaubt, hat die Liebe Gottes noch nicht erkannt. Das ist vielleicht etwas zugespitzt und man könnte auch meinen, dass das 34 Jahre nach der Wende nicht mehr relevant ist, aber es ist so. Das führt in der Konsequenz zu der Vorstellung, dass Wohlgefallen letztlich besser für die individuelle Entwicklung ist, religiöse Themen scheinbar allgegenwärtig sind und zum Eindruck, dass eine religionskritische Haltung gleichbedeutend mit einer Einschränkung der Religionsfreiheit ist. Was wiederum zur Folge hat, dass, obwohl die meisten Menschen in Ostdeutschland keine religiöse Bindung haben, sie sich – in einigen Fällen – für den Religionsunterricht der eigenen Kinder entscheiden. Eine mögliche Reaktion ist Aufklärung.

Mitmachen ohne zu glauben

Warum halte ich das für ein Problem, dem wir uns nicht nur im IBKA stellen sollten, sondern das auch als gesellschaftliche Aufgabe in Ostdeutschland gesehen werden muss? Ich bin davon überzeugt, dass die Diskrepanz zwischen der gefühlten Bedeutung von Religion in der Zivilgesellschaft, einer gewissen Opportunität, getragen von Lebenserfahrungen gegen den Staat, die fehlende Multikulturalität, die auch aus der fehlenden Aufklärung über verschiedene Modelle der Lebensgestaltung resultiert, zu einer gesellschaftlichen Situation führt, die eher eine totalitäre als eine demokratisch tolerante Lebensweise begünstigt.

Nach 10 Jahren im Sächsischen Landtag und nach über 20 Jahren mit kommunalpolitischen Mandaten ist es mir zu einer festen Erkenntnis geworden, dass die Herausforderungen, vor denen wir gesamtgesellschaftlich in Ostdeutschland stehen, auch damit zu tun haben, dass nach der glaubenskritischen Zeit der DDR der Diskurs um Glaube und Glaubensfreiheit, die individuelle Entscheidung einer Religion anzugehören oder atheistisch zu leben, nicht stattgefunden hat. Die Religion, ihre Institutionen und „der Glaube“, sind zu einer gesellschaftlich relevanten Entscheidungsgrundlage für Menschen geworden, ohne dass sie das Wissen und die Erfahrung haben, um zwischen kritischer Reflexion und radikalem Fundamentalismus wissensbasiert unterscheiden zu können. Deshalb wäre es so wichtig, dass Lebenskundeunterricht und nicht Religionsunterricht stattfindet. Deshalb wäre es wichtig, wenn Vorurteile und Unwissenheit, wenn vermeintliche Einflussfaktoren auf die eigene Lebensentwicklung kritisch hin-

Mirko Schultze, 1974 in Görlitz geboren, ist seit 25 in der Kommunalpolitik aktiv. Die letzten beiden Legislaturperioden saß er für die Partei Die Linke im sächsischen Landtag.

terfragt werden und sich der Eindruck nicht verfestigt: Ich glaube zwar nicht an Gott, aber wenn ich keinen Ärger bekommen will, dann mache ich trotzdem mit, auch wenn ich mich praktisch nicht beteilige.

Kinder in den Religionsunterricht zu schicken, die selbst nicht christlich erzogen wurden und deren Familien keinen Glauben leben, führt eben nicht zu Wissenserweiterung und Toleranz, sondern zur Anpassung an ein scheinbar gegebenes Gesellschaftsmodell, das wir dann wieder als Dissonanz zwischen den Welten West- und Ostdeutschlands empfinden. Die gefühlte Spaltung, die 34 Jahre nach der Wende immer noch besteht, hat viele Ursachen, viele sind viel bedeutender, weil sie in ökonomischen Verhältnissen verankert sind. Eine kleine Ursache ist jedoch, dass man die Tatsache ignoriert, dass in Ostdeutschland eine Mehrheit von Geburt an und über mehrere Generationen hinweg keine religiöse Bindung hat. Dann aber mit einer westdeutschen Brille – positiv getönte Emanzipation von Religion, negativ getönte Entfremdung von Religion – auf die Herausforderung geschaut hat. Deshalb brauchen wir in Ostdeutschland eine viel stärkere Präsenz einer atheistischen und konfessionsfreien Aufklärung. Ostdeutschland ist nicht weiter und fortschrittlicher, wenn es um atheistische und konfessionslose Lebensformen geht, es ist gefangen zwischen zwei Welten und braucht Hilfe. Diese Hilfe können und sollten wir leisten.

Weltanschauungsfreiheit

Im Oktober hat der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit Frank Schwabe eine Broschüre mit dem Titel *Weltanschauungsfreiheit weltweit stärken!* herausgegeben. Darin wird zunächst dargestellt, dass auch die Weltanschauungsfreiheit ein Menschenrecht ist: „Die Weltanschauungsfreiheit als Menschenrecht bezeichnet das Recht eines jeden Menschen, seine eigenen Überzeugungen in Bezug auf Religion, Atheismus oder Weltanschauung frei zu wählen, zu entwickeln und ggf. auch zu wechseln. Es schließt auch die lebenspraktischen Konsequenzen grundlegender Überzeugungen mit ein.“ Im zweiten Kapitel wird, u.a. auf der Grundlage des *Freedom of Thought Report* von *Humanists International*, ein (allerdings eher oberflächlicher) Überblick gegeben, wo die Weltanschauungsfreiheit in welchem Umfang verletzt wird. Dafür werden einige Karten abgebildet und vier exemplarische Beispiele von Verfolgung vorgestellt (darunter Leo Igwe, der auch schon für die MIZ geschrieben hat).

Im abschließenden Kapitel beschreibt Frank Schwabe seinen „Einsatz zur Stärkung der Weltanschauungsfreiheit“. Zu den politischen Forderungen der Verbände der Konfessionslosen, Atheistinnen und Humanisten schreibt er, „wir sollten sie gut wahrnehmen, differenzieren und gemeinsam diskutieren“. Allerdings schiebt er nach, dass er nicht alle Forderungen teile, manche ihm wider-

sprüchlich erscheinen (was allerdings daran liegen könnte, dass er Forderungen aus Verbänden, die unterschiedliche politische Ansätze vertreten, in seiner Liste vereint). In einer „staatlich forcierte Privatisierung von Religion oder Weltanschauung“ sieht er „das Ende der freiheitlichen Gesellschaft“; allerdings konkretisiert er diese Auffassung nicht an Beispielen wie Frankreich oder den USA (wo die Freiheit derzeit eher dadurch bedroht wird, dass christliche Fundamentalisten ihre religiösen Vorstellungen wieder verstärkt zu einer öffentlichen Angelegenheit machen). In der Frage der Ablösung der Staatsleistungen vertritt der Bundesbeauftragte die Auffassung der Kirchen, dass ihnen eine umfangreiche Entschädigung zustehe – und gibt diese als Teil des Verfassungsauftrags aus (tatsächlich ist in Art 138, Abs. 1 WRV von einer Entschädigung nicht die Rede, es heißt dort schlicht, die „...Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst“).

Schwabes grundsätzliche Position lässt sich ganz gut aus diesem Zitat ablesen: „Mir scheint die strikte formale Trennung von Staat und Kirche nicht allein ein Garant dafür zu sein, dass die Religions- und Weltanschauungsfreiheit, für die ich kämpfe, gewährleistet wird. Es hängt vielmehr davon ab, dass Staaten tatsächlich ihrer Pflicht nachkommen, Menschenrechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. China zeigt, dass die formale Trennung von Staat und Religion ohne Achtung der Menschenrechte eben weder die Weltanschauungsnach noch die Religionsfreiheit garantiert. Umgekehrt ist in England oder in manchen skandinavischen Ländern trotz

engerer Verbindungen von Staat und Kirchen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit gewährleistet. Die freiheitliche Verfasstheit, welche es Menschen ermöglicht, im Einklang mit ihrer Religion und/oder Weltanschauung zu leben und die Gesellschaft zu gestalten, ist das entscheidende Kriterium sowohl für Trennungs- als auch für Kooperationsmodelle von Staat und Religion.“

Weltanschauungsfreiheit weltweit stärken!
Hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Oktober 2014, 14 Seiten (als Download zu beziehen über: <https://religionsfreiheit.bmz.de/religionsfreiheit-de/aktuelles/informationsbrochuere-zur-weltanschauungsfreiheit-232582>)

bruno.

Zum mittlerweile 6. Mal ist *bruno* erschienen. Das Jahresmagazin der *Giordano-Bruno-Stiftung* (gbs) ist eine Art Tätigkeitsbericht im Zeitschriftenformat, das einen Rückblick auf das Jahr 2023 ebenso enthält wie Perspektiven eröffnende Artikel.

Unter dem Titel „Die Menschheit im Anthropozän“ wird in einem Leitartikel von Michael Schmidt-Salomon die Rolle, die der Mensch in der Welt einnimmt, erörtert. Denn aufgrund seiner Fähigkeit, die Welt nicht nur grundlegend zu verändern, sondern ihre völlige Zerstörung herbeizuführen, ist der Mensch ein außergewöhnliches erdgeschichtliches „Ereignis“. Daneben wird an den Streitschriftsteller und gbs-Beirat Karlheinz Deschner erinnert und die Arbeit des *Instituts für Weltanschauungsrechts* (ifw) vorgestellt. Ulla Wessels und Svenja Fläß-

pöhler nehmen im Interview Stellung zu der Frage, ob Philosophie die Welt verändern kann. Möglicherweise wäre eine Voraussetzung, dass akademische Philosophie, wenn sie sich denn äußert, auch Gehör findet, wie Ulla Wessels fordert. In einem weiteren Interview kommt das „Düsseldorfer Power-Duo“ Ricarda Hinz und Jacques Tilly zu Wort. Sie sprechen über die Kunst der Kommunikation und blicken darauf zurück, welche Wirkung ihre Filme und Figuren hatten. Außerdem gibt das Heft einen Überblick über die großen und kleinen Aktivitäten der Regionalgruppen der gbs.

bruno. Das Jahresmagazin der Giordano-Bruno-Stiftung. 2024: Die Menschheit im Anthropozän. 78 Seiten. (Das Heft kann auf der Webseite der gbs unter <https://www.giordano-bruno-stiftung.de/bruno-jahresmagazin> kostenlos heruntergeladen oder in der Druckausgabe angefordert werden.)

Blasphemie-Science-Fiction

Wer den Kunstpreis *Der Freche Mario* im Auge hat, erinnert sich vielleicht daran, dass 2016 einer der Preisträger Achim Stößer hieß. Bekannt ist Stößer aber weniger durch seine künstlerischen als durch seine literarische Werke. Seit rund dreißig Jahren veröffentlicht er Science-Fiction-Erzählungen; nun ist unter dem Titel *Die dunkle Seite der Erde* ein Sammelband mit 26 Kurzgeschichten und einer Ballade erschienen.

Das einende Band der Texte ist der kritische Bezug auf Religion – die „gefährlichste Psychose“, wie eine der Figuren meint. Durch das fremde Ambiente, die fernen Welten und nicht-

menschlichen Protagonist:innen wird die Fragwürdigkeit, teilweise auch der Irrsinn von Religion deutlicher. Etwa wenn ein außerirdischer Ich-Erzähler in eine Buchhandlung kommt und in vier Bücher hineinliest, um sie dann erschrocken zurück ins Regal zu stellen und zu beschließen, auf diesen Planeten „nicht so bald zurück[zu]kehren“. Dass die Zitate aus Bibel, Koran, Neuem Testament und *Mein Kampf* stammen, wird erst am Ende verraten.

In anderen Geschichten wird den Opfern von Außerirdischen mit haarfeinen Fühlern religiöses Gedankengut ins Gehirn injiziert, was dazu führt, dass die Bedauernswerten ihrer Umgebung fortan mit missionarischem Eifer begegnen. In den Geschichten finden sich bizarre, blutige Rituale, aber auch gesellschaftliche Regeln (wie etwa, dass Frauen einen Maulkorb tragen müssen), die auf den zweiten Blick gar nicht mehr so unbekannt, sondern vielleicht nur ein kleines bisschen literarisch „verschärft“ erscheinen.

Wer Religionskritik und Kurzgeschichten mit Aha-Effekt mag, wird sich von Achim Stößers Erzählungen gut unterhalten fühlen.

Achim Stößer: *Die dunkle Seite der Erde. Blasphemische Science-Fiction-Geschichten*. Winnert 2024, p.machinery; 272 Seiten, kartoniert, Euro 18,90

Gerhard Vollmer

Gleich zwei jüngst herausgekommene Publikationen würdigen den Physiker und Philosophen Gerhard Vollmer.

In der Schriftenreihe der *Giordano-Bruno-Stiftung* (gbs) ist eine Dokumentation des Festaktes, den die gbs anlässlich des 80. Geburtstages Vollmers ausgerichtet hatte, erschienen. Darin sind

die an dem Abend gehaltenen Reden ebenso enthalten wie ein Gespräch der Laudatoren Franz Josef Wetz, Rüdiger Vaas und Volker Sommer. Da die drei den Jubilar alle ganz gut kennen, wurde auch einiges aus dem Nähkästchen geplaudert, so dass die Broschüre nicht nur mit vielen Informationen zu Gerhard Vollmers Denken aufwarten kann, sondern auch mit einigen ausgesprochen witzigen Passagen.

Ebenfalls aus Anlass von Vollmers rundem Geburtstag hatten *Hans-Albert-Institut* und die gbs in Kooperation mit der *Bundesarbeitsgemeinschaft Humanistischer Studierender* den Essay-Wettbewerb „Wir irren uns empor“ ausgeschrieben. Der Titel nimmt Bezug darauf, dass Wissenschaft nach modernem Verständnis einen Prozess darstellt, der durch Versuch und Irrtum voranschreitet – und darin der biologischen Evolution nicht unähnlich ist. Die Verbindung zu Vollmer liegt in dessen Überlegungen zu einer evolutionären Erkenntnistheorie. In diesem Rahmen sollten sich die für den Wettbewerb eingereichten Beiträge mit den Aspekten „Im Lichte der Evolution“ und „Fehlbarkeit als Chance“ befassen. Letztlich versammelt der Band die besten zehn Essays der jungen Autorinnen und Autoren, die sich mit einer der beiden Fragestellungen auf sehr unterschiedliche Weise auseinandersetzen.

Festakt zum 80. Geburtstag von Gerhard Vollmer. *Im Lichte der Evolution*. Redebeiträge von Michael Schmidt-Salomon, Rüdiger Vaas, Volker Sommer und Franz Josef Wetz. denkladen, 2024. 80 Seiten, geheftet, Euro 7,- (zu beziehen über denkladen.de)

Hans-Albert-Institut / Giordano-Bruno-Stiftung (Hrsg.): *Wir irren uns empor. Eine Essay-Sammlung*. Aschaffenburg 2024, Alibri; 113 Seiten, kartoniert, Euro 10,-, ISBN 978-3-86569-422-5

Freitodbegleitung und psychische Krankheit

Über die Ansprüche an die Freiverantwortlichkeit des Sterbewunsches. Eine Begriffserläuterung

Mit seinem bahnbrechenden Entscheid vom Februar 2020 hat das Bundesverfassungsgericht den Begriff der Freiverantwortlichkeit zum Schlüsselbegriff der Diskussion um die rechtliche Zulässigkeit der Freitodbegleitung gemacht. Allein das Vorliegen oder Nicht-Vorliegen von Freiverantwortlichkeit soll darüber entscheiden, ob es rechtens ist, einem anderen Menschen bei der Umsetzung seines Entschlusses zu helfen, seinem Leben ein früheres Ende zu setzen, als es natürlicherweise zu Ende gehen würde.

Damit nimmt Deutschland international eine Sonderstellung ein. In allen anderen Ländern werden für die rechtliche Zulässigkeit einer Hilfe zur Selbsttötung weitere Bedingungen verlangt, vor allem die Bedingung, dass der Suizidwillige an einer (schweren, zum Tode führenden oder unheilbaren) Krankheit leidet. Freitodbegleitung darf in Deutschland auch bei einem Menschen geleistet werden, der weder an einer physischen noch an einer psychischen Krankheit leidet, sondern dem sein Leben aus anderen Gründen unerträglich geworden ist, aus Perspektivlosigkeit, Langeweile oder Vereinsamung. Strenggenommen bedarf es für die rechtliche Legitimität einer Freitodbegleitung nicht einmal eines wie auch immer gearteten Leidenszustands.

„Freiverantwortlichkeit“ ist ein rechtliches Konstrukt ohne Grundlage im allgemeinen Sprachgebrauch. Es vereint in sich mehrere verschiedene

Begriffsinhalte. Die Teilkomponente „frei“ verweist darauf, dass es einerseits darauf ankommt, dass der Suizidwillige seinen Entschluss autonom und unabhängig von äußeren und inneren Zwängen trifft, die Teilkomponente „verantwortlich“ darauf, dass dieser Entschluss ein gewisses Maß an Festigkeit und Kohärenz aufweist. Er darf nicht das Resultat eines bloßen Augenblicksimpulses sein. Gefordert ist nicht nur, dass der Beschluss, sein Leben vorzeitig zu beenden, aus freiem Willen getroffen wird. Gefordert ist auch eine gewisse Dauerhaftigkeit dieses Entschlusses und ein gewisses Maß an Rationalität.

Willensfreiheit kann eingeschränkt sein

Die im Begriff der Freiverantwortlichkeit zusammengefassten Bedingungen lassen sich am ehesten über Situationen verdeutlichen, in denen sie offenkun-



Damit suizidwilligen Menschen das Recht auf Freitodbegleitung zugestanden wird, müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein. Dazu gehört auch, dass die Betroffenen über die für sie verfügbaren Möglichkeiten informiert wurden und darüber nachgedacht haben. (Foto: Nguyenhonstudio / pixabay)

dig nicht oder nur unvollständig erfüllt sind. Im gesellschaftlichen Umgang miteinander setzen wir sie so selbstverständlich voraus, dass es schwerfällt, sie im Einzelnen zu benennen und zu unterscheiden.

Als eingeschränkt muss die Willensfreiheit immer dann gelten, wenn der Suizidwillige situativ oder dauerhaft nicht in der Lage ist, die Art und die Folgen seines Entschlusses zu verstehen. Ein solcher vorübergehender oder länger dauernder Zustand kann z.B. vorliegen, wenn er aufgrund einer Erkrankung, eines Rausch- oder emotionalen Ausnahmezustands unfähig ist, seine persönliche Situation zu erfassen, die Tragweite seines Entschlusses zu erkennen oder unfähig ist, sich gemäß seinem Wissen zu verhalten. Im ersten Fall entgleitet ihm die Kontrolle über seinen Verstand, im zweiten die Kontrolle über sein Verhalten. Beide Bedingungen zu-

sammen werden im deutschen Recht als *Einwilligungsfähigkeit* bezeichnet, in der Schweiz als *Urteilsfähigkeit*. Dazu gehören einerseits die Fähigkeit, seine Situation, sein Tun und dessen Konsequenzen zu erkennen (Einsichtsfähigkeit), die Fähigkeit, sich mit ihnen wertend auseinanderzusetzen (Wertungsfähigkeit) und die Fähigkeit, seinen Willen gezielt in eine Verhaltensentscheidung umsetzen zu können (Entscheidungsfähigkeit). In unserem liberalen Rechtsstaat besteht, rechtlich gesprochen, eine Vermutung für die Einwilligungsfähigkeit jedes anderen, d.h. die Begründungslast, dass sie eingeschränkt ist, liegt jeweils bei demjenigen, der dies behauptet und daraus Konsequenzen für das jeweils angemessene Verhalten zieht.

Als eingeschränkt gelten muss die Freiheit des Entschlusses zweitens dann, wenn der Wille des Suizidwilligen

ganz oder teilweise durch einen so starken äußeren Druck bedingt ist, dass er sich der Ausführung des von anderen Gewollten nicht entziehen kann. Solche erzwungenen Selbsttötungen kennen wir aus der Antike, etwa verbunden mit der Androhung einer sehr viel qualvolleren Fremdtötung. Allerdings hebt nicht jeder von außen kommende Druck die Freiheit der Entscheidung auf. Außer in Situationen extremer Abhängigkeit können wir einem von außen kommenden Druck gewöhnlich auch widerstehen. Als eingeschränkt kann die Willensfreiheit nur dann gelten, wenn der Druck zum nötigen Zwang wird. Eingeschränkt wird die Freiheit allerdings nicht nur durch Nötigung und Zwang, sondern auch durch Manipulation, etwa durch Täuschung oder Fehlinformation. Einen solchen Fall beschreibt Erich Kästner in seinem Roman *Fabian*. Der angehende Dozent Stephan Labude nimmt sich das Leben, nachdem ihm fälschlicherweise – im Sinne eines Dummen-Jungen-Streichs – gesagt worden ist, seine Habilitationsschrift sei abgelehnt worden.

Auch bei der Bedingung der Kohärenz des Suizidwillens sind die Situationen, in denen die Freiverantwortlichkeit eingeschränkt ist, leichter anzugeben als die Bedingungen, in denen sie vorliegen. Eingeschränkt ist die Kohärenz bei einem impulsiven, aus einem momentanen Affekt oder einer Krisensituation heraus gebildeten Suizidwillen oder wenn der Wille, nicht weiter leben zu wollen, schwankend ist, wie bei Menschen, die zwar sterben wollen, aber nicht sicher sind, ob von eigener Hand. Deshalb verlangen die Organisationen, die Freitodbegleitung anbieten, regelmäßig, dass der Wunsch, an der Hand

eines sachkundigen Helfers zu sterben, über eine gewisse Frist konstant bleibt. Nur die vierte und anspruchsvollste Bedingung lässt sich eher positiv beschreiben: die Bedingung der Wohlerwogenheit. Zulässig sein sollte eine Freitodbegleitung nur dann, wenn der Sterbewunsch auf einer informierten Abwägung der für den Antragsteller verfügbaren Optionen beruht. Er darf nicht lediglich Ausdruck eines unspezifischen Hilfeverlangens sein. Voraussetzung ist die Informiertheit über die verbleibenden medizinischen, insbesondere palliativmedizinischen und anderweitigen Optionen, gegebenenfalls auch über geeignete Änderungen des sozialen Settings.

Kein Ausschluss von Suizidhilfe per se

Sieht man sich die vier Bedingungen an, wird klar, dass das Vorliegen zumindest einiger psychischer Erkrankungen bei einem Suizidwilligen bei der Prüfung der Zulässigkeit einer Freitodbegleitung besondere Aufmerksamkeit erfordert – nicht deshalb, weil es sich um psychische Krankheiten handelt, sondern aufgrund der Unvereinbarkeit einiger ihrer Symptome mit den angeführten Bedingungen. Die Auffassung, dass jede psychische Krankheit eine Freitodbegleitung ausschließt – wie es längere Zeit in Recht und Medizin vertreten worden ist –, kann heute glücklicherweise als überholt gelten. Auch das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass das Vorliegen einer psychischen Krankheit nicht per se die Rechtmäßigkeit einer Suizidassistenz ausschließt. Auch die frühere – auf den Suizidforscher Erwin Ringel zurückgehende – Auffassung, dass ein



Bei manchen Krankheiten haben die Betroffenen Kontrolle über das eigene Denken, Fühlen und Wollen verloren. (Foto: Lisa Fotios / pexels.com)

Suizidwille oder eine Suizidneigung („Suizidalität“) als solche auf das Vorliegen einer psychischen Krankheit hinweisen, wird in der Psychiatrie nur noch vereinzelt vertreten. Psychiater, die meinen, dass – wie es noch in einem Ratgeber aus den 1970er Jahren heißt – „als Täter ... jeder Suizident krank ist und als Opfer des Schutzes vor sich selbst bedarf“, spiegeln einseitig die Tendenz einiger Klinikpsychiater wider, ihre Erfahrungswerte unzulässig zu verallgemeinern. Vertreter dieser Auffassungen setzen dabei regelmäßig – wie das letzte Zitat zeigt – voraus, dass das Vorliegen einer psychischen Krankheit die Zulässigkeit einer Suizidhilfe kategorisch verbietet. Diese Voraussetzung kann heute nicht mehr uneingeschränkt gelten.

Umso dringlicher stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen psychische Krankheiten die Zulässigkeit einer Freitodhilfe ausschließen oder

einschränken. Eine erste – triviale – Bedingung ist, dass es sich bei der psychischen Krankheit tatsächlich um eine nach den Regeln der einschlägigen medizinischen Disziplin, der Psychiatrie, genuine Krankheit handelt. Ein vorübergehendes Stimmungstief oder eine Lethargie mit Verlust der Lebensenergie im Alter ist keine klinische Depression. Was genau eine Krankheit im Gegensatz zu einer Befindlichkeitsstörung ist, ist Gegenstand einer unabgeschlossenen Debatte. Aber über einige typische Merkmale besteht Einigkeit: Eine Krankheit hat typischerweise zur Folge, dass normale Lebensvorzüge nicht oder nur mit großer Anstrengung vollzogen werden können; das Vorliegen einer Krankheit entschuldigt Verhaltensweisen, die andernfalls einer Person zum Vorwurf gemacht werden können; und eine Krankheit geht typischerweise mit subjektivem Leiden und dem Wunsch einher, gesund werden zu wollen. Eine psychische Störung unterhalb der Schwelle zur psychischen Erkrankung, etwa eine stark ausgeprägte Angstneigung oder eine ausgeprägte Hemmung, Kontakt zu anderen aufzunehmen, ist dafür, auch wenn sie das Leben erheblich schwerer macht, im Allgemeinen nicht hinreichend.

Eine weitere Bedingung ist, dass die psychische Krankheit zum Zeitpunkt des Wunsches nach Freitodbegleitung aktuell vorliegt (eine „psychiatrische Episode“ in der Vergangenheit rechtfertigt für sich genommen keine Ablehnung) und dass sie an der Beeinträchtigung der Erfüllung der vier Voraussetzungen kausal beteiligt ist. Einem Psychiatriepatienten, der wegen einer fortgeschrittenen Krebserkrankung im Vorfeld des Todes um eine Freitodbegleitung bittet, kann

nicht bereits deshalb, weil er Psychiatriepatient ist, diese Bitte abgeschlagen werden – jedenfalls nicht ohne nähere Prüfung, ob dabei möglicherweise wahnhaftige Angstvorstellungen im Spiel sind.

Nicht sämtliche Therapieansätze zwingend ausprobieren

Zweitens kann das dem Wunsch nach Freitodbegleitung zugrundeliegende Leiden – an einer schweren Krankheit oder Behinderung und ihren Symptomen und Folgen, an der darin liegenden Kränkung des Selbstwertgefühls, an dem erzwungenen Verlust von Lebensperspektiven – nicht seinerseits als krankhaft gelten. Trauer über ein widriges Schicksal und Unglücklichsein über die eigene Lebenssituation sind auch dann, wenn sie einige ihrer Äußerungsformen mit den Symptomen einer klinischen Depression (Rückzug, Schlaflosigkeit, Unwertgefühl) gemeinsam haben, noch keine Fälle von „Depression“ im psychiatrischen Sinn. Natürlich können sie gelegentlich über den konkreten Anlass hinaus persistieren und sich zu einer psychischen Krankheit auswachsen.

Das gilt auch für das Leiden an einer schweren psychischen Erkrankung wie Schizophrenie, chronische Depressionen und Angstzuständen, sofern diese nicht konstant sind, sondern in Schüben oder akuten Phasen verlaufen, zwischen denen der psychisch Kranke weitgehend symptomfrei ist. In diesen Phasen ist er häufig in der Lage, sich reflektierend auf seine Erkrankung zu beziehen und den Entschluss zu fassen, keine weiteren akuten Phasen seiner Erkrankung mehr erleben zu wollen.

Dieter Birnbacher war bis 2012 Professor für Philosophie mit Schwerpunkt Ethik an der Universität Düsseldorf. Er ist Vizepräsident der *Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben* (DGHS) e.V.

Alles kommt darauf an, wie weit er fähig ist, unter Bezug auf die Erfahrungen, die er mit seiner Krankheit gemacht hat, und auf der Grundlage seiner Überzeugungen und Einstellungen zu einem wohlherwogenen Urteil darüber zu kommen, wie weit er die vor ihm liegende Wegstrecke gehen möchte und wie weit nicht.

Auch wird man in diesem Fall von dem psychisch Kranken nicht verlangen können, dass er sämtliche möglichen Therapieansätze ausprobiert hat, bevor seiner Bitte nach einem begleiteten Freitod nachgekommen wird. Viele Psychiater haben Bedenken, einem psychisch Kranken die Freiverantwortlichkeit seines Verlangens nach Suizidassistenten zu bescheinigen und fordern, dass der psychisch Kranke zuvor alle verfügbaren Therapiemöglichkeiten wahrgenommen hat. Diese Forderung ist nicht gerechtfertigt. Solange er den Wunsch in den Phasen, in denen er zu einer distanzierten Betrachtung seiner Gefährdung in der Lage ist, äußert, kann die Tatsache, dass er auf weitere Behandlungsversuche verzichtet, ebenso wenig gegen die Zulässigkeit einer Suizidhilfe sprechen wie bei einem Krebskranken, der auf weitere Behandlungsversuche verzichtet und dabei das Risiko in Kauf nimmt, dass diese seinen Zustand möglicherweise erträglicher machen.

Bei einigen psychischen Krankheiten wird sich eine Freitodbegleitung allerdings verbieten, da ihre Symptome, je-

denfalls wenn diese stark ausgeprägt sind, mit der Erfüllung der aufgeführten Bedingungen unvereinbar sind. Dazu gehören insbesondere die Bedingung der Einwilligungsfähigkeit, der Wohlerwogenheit und der Festigkeit.

Die Urteils- und Einsichtsfähigkeit kann etwa durch Wahnvorstellungen beeinträchtigt sein, wie sie bei Schizophrenie vorkommen, oder durch den für die Spätphase der Demenz charakteristischen partiellen Verlust des Realitätskontakts. Suizidwünsche können dann sowohl durch von außen (Halluzinationen, Stimmen) als auch von innen (Schuldbewusstsein, Unwertgefühl) kommende Impulse ausgelöst werden. Der Suizidwillige ist nicht „er selbst“, sondern wird beherrscht von Mächten, die sich seiner bewussten Steuerung entziehen. Er hat die Kontrolle über das eigene Denken, Fühlen und Wollen verloren und befindet sich in einer Situation ähnlich der eines Menschen im Vollrausch oder in einem hochgradigen Affektzustand.

Von der Fähigkeit, über Alternativen wirklich nachzudenken

Drittens geht eine psychische Erkrankung häufig mit der Unfähigkeit einher, über die verfügbaren Optionen kohärent, d.h. in einer rational nachvollziehbaren Weise nachzudenken und eine auf Abwägung beruhende Entscheidung zu treffen. Die Bedingung der Wohlerwogenheit geht über die Bedingung der Einwilligungsfähigkeit hinaus. Der Suizidwillige muss nicht nur wissen, was er tut und welche Folgen sein Tun hat. Er muss auch fähig sein, Alternativen zu denken und die Folgen seines bevorzugten Wegs ver-

gleichend zu bewerten. Damit verträgt es sich nicht, dass das Sterben möglicherweise zu einer das gesamte Denken und Fühlen beherrschenden *idée fixe* geworden ist. Die Fähigkeit, alternative persönliche Zukünfte zu denken – oder überhaupt Zukünftiges zu denken – kann insbesondere bei schweren Depressionen stark eingeschränkt sein.

Schließlich gehört es zu den Symptomen einiger psychischer Krankheiten, dass es zu einem rapiden Wechsel von Äußerungen des Lebens- und Sterbenwollens kommt und die erforderliche Festigkeit des Sterbewillens fehlt.

Die meisten dieser Beeinträchtigungen der Freiverantwortlichkeit sind abstufbar. Sie haben nicht den Charakter von Schaltern, die von Null auf Eins umgelegt werden. Auch wenn manche psychische Krankheiten die Erfüllung der Zulässigkeitsbedingungen eindeutig ausschließen, gibt es viele, bei denen sie nur in geringerem Maße eingeschränkt sind. Der Spielraum der psychiatrischen Diagnosen ist weit und bedarf dringend der Einengung durch Leitlinien und verlässliche Orientierungen – sowohl zur Sicherheit derjenigen, die über die Zulassung zur Freitodbegleitung entscheiden, als auch zur größeren allgemeinen Rechtssicherheit. Allerdings wird ein Rest an Augenmaß und individueller Urteilstkraft auch durch wie immer geartete Leitlinien nicht überflüssig gemacht werden können. Das Recht kann medizinische Diagnosen nur unvollständig in Normen fassen. Insofern wird es gut daran tun, sich weitgehend auf Verfahrensregeln (wie das Vier-Augen-Prinzip) zu beschränken.

Der Beitrag erschien ursprünglich in der DGHS-Vereinszeitschrift *Humanes Leben Humanes Sterben* 2024-3.

Über Schwangerschaftsabbrüche, Gehsteigbelästigung und Abtreibungsgegner*innen

Am 16. September 2024 startete die 12-wöchige bundesweite Kampagne Abtreibung legalisieren Jetzt! - Wir sind Viele. Wir sind mehr. Wir sind die 75%. Ziel der Kampagne ist es, dass der § 218 zur Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen nach 150 Jahren endlich ersatzlos aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wird. In diesem ist festgelegt, inwiefern Schwangere sowie diejenigen, die diese bei einem Abbruch unterstützen, bestraft werden können. Die wöchentlichen bundesweit koordinierten Aktionen sollen Druck auf politische Entscheidungsträger*innen ausüben, um den Paragraphen noch in dieser Legislaturperiode endlich abzuschaffen.¹

Die Kampagne

Abtreibungen sind in Deutschland strafrechtlich verboten. Allerdings bleibt bis zur 12. Schwangerschaftswoche eine Strafe aus, wenn die Betroffenen zuvor eine Beratung in Anspruch nehmen und eine Wartezeit zwischen Beratung und Eingriff einhalten. Das entmündigt Schwangere. Hinzu kommt ein weiteres Problem: In vielen Regionen mangelt es an Ärzt*innen und Kliniken, die Abtreibungen durchführen, und die Krankenkassen übernehmen in der Regel die Kosten nicht.

Bei Regierungsantritt hatte die Ampel im Koalitionsvertrag eine Prüfung zugesagt, wie Abbrüche außerhalb des Strafgesetzbuchs geregelt werden könnten. Der Abschlussbericht der eingesetzten Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin liegt längst vor und ist eindeutig: Abtreibungen müssen endlich legalisiert werden.² Eine repräsentative Umfrage des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ)

hat zudem gezeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung (75%) der Meinung ist, dass die Vorgaben zu Schwangerschaftsabbrüchen nicht mehr im Strafgesetzbuch geregelt sein sollten.

Gerade mit Blick auf die kommende Bundestagswahl und die dann voraussichtlich noch konservativere Regierung erscheint es umso wichtiger, die Streichung noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen. Bemerkenswert ist auch, dass laut TAZ „die Wählerinnen und Wähler aller im Bundestag vertretenen Parteien die Rechtswidrigkeit von Abbrüchen deutlich ablehnen. Selbst bei der Union, die eine Legalisierung von Abtreibungen ablehnt, sind es 77,5 Prozent, bei der AfD 67,4 Prozent.“³ Doch anstatt die Empfehlungen der Expert*innenkommission und den Wunsch der eindeutigen Mehrheit der Bevölkerung umzusetzen, weicht die Ampel-Regierung bisher aus, liefert leere Versprechungen und widersprüchliche Aussagen.



Auch wir als *Feministischer März* Aschaffenburg kämpfen für die Selbstbestimmung von FLINTA und beteiligen uns an der Kampagne. Das Foto zeigt eine Protestaktion zum Safe Abortion Day 2024. (Foto: Feministischer März Aschaffenburg)

Unsere Forderungen

Wir – die Aktivist*innen der Kampagne – sind der Meinung, dass das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung ein Menschenrecht ist. Deshalb fordern wir die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch. Schwangerschaftsabbrüche sind keine Straftaten. Ein weiteres Ziel ist, dass die *Beratungspflicht* durch ein *Recht* auf Beratung ersetzt wird. Dies wird ebenfalls unterstützt durch den

Bundesverband *ProFamilia*, eine der Hauptberatungsstellen, die Pflichtberatungen durchführen dürfen.⁴

Außerdem gibt es die Forderung nach einer vollständigen Kostenübernahme bei Abbrüchen für alle, unabhängig vom individuellen Versicherungsstatus. Abtreibungen sollten eine zentrale öffentliche Gesundheitsleistung sein. Das bedeutet, dass Schwangere in ganz Deutschland sicher, kostenlos und uneingeschränkt Zugang zu Abtreibungen haben müssen.

Zum historischen Hintergrund des §218

Seit Gründung des Kaiserreichs 1871 werden durch den § 218 Schwangerschaftsabbrüche kriminalisiert und seit über einem Jahrhundert setzen sich Frauen dagegen zur Wehr. Damals wie heute, in Deutschland wie global, trifft das oft als „Klassenparagraf“ bezeichnete Abtreibungsverbot häufiger Menschen aus ärmeren Bevölkerungsschichten, da diese weniger Zugang sowohl zu Verhütungsmitteln als auch zu Abtreibungen haben und hatten. Durch die nationalsozialistische Rassenhygiene erreichten die Regelungen um Schwangerschaftsabbrüche eine ganz neue Ebene: Auf der einen Seite stand die Argumentation, Kinderreichtum sei patriotische Pflicht, demgegenüber das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und damit einhergehend Zwangssterilisationen und erzwungene Abtreibungen.

Auch Ende der 1960er Jahre war die Situation immer noch mehr als prekär: die Möglichkeit, selbstbestimmt über einen Abbruch entscheiden zu können, gab es nicht. Als Reaktion darauf outeten sich hunderte Frauen über einen Artikel im Magazin *Stern*, selbst eine Abtreibung gehabt zu haben, und lösten damit einen Skandal aus. Die darauf folgende Welle der Solidarisierung führte zu einer Neuregelung, welche es in den ersten drei Monaten erlaubte, unter bestimmten medizinischen, sozialen oder ethischen Gründen einen Abbruch durchführen zu lassen. Noch heute existiert das Gesetz in dieser Form.

Wie notwendig ein Update (bzw. eine Streichung) ist, zeigt sich allein unter dem Aspekt, dass diese gesetzliche Regelung zu einer Zeit verabschiedet

Caro ist Aktivistin der *Interventionistischen Linken* Aschaffenburg und des *Feministischen März* Aschaffenburg.

wurde, als es ebenfalls noch die Pflicht einer Ehefrau war, ihrem Mann jederzeit sexuell zur Verfügung zu stehen.

Abtreibungsgegner*innen

Weltweit fordern Rechte und religiöse Fundamentalist*innen nach wie vor die Einschränkung der Selbstbestimmungsrechte von Schwangeren. Gerade in religiösen Kontexten tummeln sich Menschen, die der Meinung sind über unsere Körper und damit über unser Leben entscheiden zu dürfen. So treffen sich beispielsweise Gläubige zu sogenannten Vigilien, bei denen sie wegen des vermeintlichen Mordes am Fötus beten. Diese belästigen ebenfalls Schwangere, die sich über einen Abbruch informieren oder diesen durchführen lassen wollen.

Auch bei uns in Aschaffenburg sind die selbsterklärten Lebensschützer*innen aktiv. Bis 2018 wurden deren *Vigilien für das Leben* noch öffentlich angekündigt.⁵ Unseren Recherchen nach finden diese Mini-Prozessionen in Aschaffenburg seitdem nach wie vor monatlich statt. Eine Handvoll Verwirrtvor-sich-hin-Betende ziehen nach dem Gottesdienst in der Kapuzinerkirche St. Elisabeth durch die Stadt und predigen vor Beratungsstellen und Praxen, die Abtreibungen vornehmen. Es ist eine Sache, wofür Menschen in der Kirche beten, aber der Gang vor die Abtreibungspraxen ist ein Schritt zu weit.

Als Reaktion auf die Einschüchterungsversuche hat der Bundesrat im September 2024 endlich ein Ge-

Macht und Männlichkeit

Wir als feministische Aktivist*innen stellen uns die Frage: Wie kann es sein, dass wir als FLINTA immer wieder/nach so hart dafür kämpfen müssen, über uns selbst entscheiden zu können? Ob Trump in den USA, Platforma Obywatelska in Polen oder AfD: Rechte und/oder religiös fundamentalistische Politiker eint das Bild, dass Männer über Frauenkörper herrschen sollen. Diese Machtfrage lässt sich leider weder auf das Thema Schwangerschaftsabbrüche reduzieren noch darauf, dass nur Politiker so denken. Gewalt gegen FLINTA hat viele unterschiedliche Ebenen, findet täglich auch in subtileren unsichtbareren Formen statt und „verschont“ keine von uns. Im Schlusswort ihres 2024 veröffentlichten Buches *Die stille Gewalt* schreibt die Anwältin Asha Hedayati über Unterdrückung und Männlichkeit Folgendes:

„Alle faschistischen und totalitären Ideologien eint das Motiv der Frauenunterdrückung. Wenn wir für eine freie und gerechte Welt kämpfen wollen – und mit ‘wir’ meine ich alle Geschlechter –, dann müssen wir gegen die Unterdrückung der Frauen kämpfen. (...) Kämpfen wir dafür, dass für alle Menschen Bedingungen geschaffen werden, unter denen sie überhaupt die Freiheit zur Wahl haben können. Eine Gesellschaft muss ihre Freiheit daran bemessen, wie frei die verwundbarsten Personen in ihr sind. Und Männer müssen damit beginnen, männliche Macht und Gewalt in öffentlichen und privaten Diskursen als solche zu benennen und eine Sprache für sie zu finden, sich immer wieder mit falsch verstandener Männlichkeit und patriarchalen Männerbildern auseinanderzusetzen, sie anzugreifen und radikal neu zu denken. Mit dem Ziel, eine Männlichkeit zu leben, die kein Synonym für Herrschaft ist, sondern Gerechtigkeit mehr liebt als Macht und Dominanz.“¹

setz gebilligt, das diese „Gehsteig-belästigungen“ verbietet. Dadurch sollen Schwangere durch sogenannte Schutzzonen vor Übergriffen geschützt werden. Protestierende, die weniger als 100 Meter Abstand zu den Einrichtungen halten, sollen durch Bußgelder sanktioniert werden.⁶

Das ist eine positive Veränderung! Doch wie bereits beschrieben, ist der Kampf für Selbstbestimmung kein neuer. Immer wieder treffen wir bei Protestaktionen auf Aktivist*innen, die uns davon berichten, dass sie schon vor Jahrzehnten im Protest gegen den Abtreibungsparagrafen aktiv waren. Und dass sich seit Jahrzehnten vor allem Männer querstellen, diesen zu streichen. Hoffen wir, dass die Enkel*innen unserer Enkel*innen darüber nur noch schmunzeln müssen. Aber wer weiß...

Anmerkungen

- 1 Mehr Infos zur Kampagne unter: <https://abtreibung-legalisieren.de/>
- 2 https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/K/KomrSF/Kurzbericht_Kom-rSF.pdf
- 3 <https://taz.de/Umfrage-zu-Abtreibungen-in-Deutschland/!6004352/>
- 4 <https://www.profamilia.de/fachinfos/nachthemen/zugang-zum-schwangerschaftsabbruch>
- 5 <http://www.kostbare-kinder.de/101-0-Aschaffenburg.html>
- 6 <https://www.bundesrat.de/DE/ple-num/bundesrat-kompakt/24/1047/04.html?nn=4732016#top-4>

1 Asha Hedayati: *Die stille Gewalt*. Wie der Staat Frauen alleinlässt. Reinbek 2023.

Kunstfreiheit

Wie eine Museumsdirektorin eine Ausstellung von Kunst befreit

Der DA! Art-Award wird seit 2018 durch den *Düsseldorfer Aufklärungsdienst* (DA!) vergeben. Seit 2020 werden die nominierten Kunstwerke als Ausstellung im Düsseldorfer Stadtmuseum gezeigt – woran erkennbar wird, wie etabliert der Kunstpreis in der Stadt mittlerweile ist. Dieses Jahr kam es jedoch zum Eklat, denn zwei der Kunstwerke mussten auf Betreiben der Museumsleitung abgehängt werden. Der Vorwurf: „antisemitische, sexistische und hetzerische Inhalte“.

Alle zwei Jahre schreibt der DA! einen Kunstpreis aus, der mit einem „Themenimpuls“ verbunden ist. 2022 ging es um die Macht des Mythos, zwei Jahre zuvor um Kraft und Wirkung trügerischer Überzeugungen und beim ersten Mal um die Parole „Wissen statt Glauben“. Für 2024 hatte sich die Organisationsgruppe das Thema „Check Your Dogma“ ausgedacht. Die Künstlerinnen und Künstler sollten sich „auf die Suche nach ihren eigenen rigiden Glaubenssätzen ... machen. Einerseits. Andererseits darf das Thema von den Künstlern:innen auch konfrontativ an das Publikum ‘weitergereicht’ werden, um auch dort Selbstreflexionen zu provozieren.“ Dem Aufruf folgten hunderte Kunstschaaffende, in die engere Auswahl kamen 91 Kunstwerke, die ab dem 7. September im Stadtmuseum Düsseldorf ausgestellt wurden.

Allerdings nicht besonders lange. Noch vor der Vernissage intervenierte die Museumsleitung und forderte, zwei der Kunstwerke abzuhängen. Diesen Akt der Zensur rechtfertigte Susanna Anna mit ihrem „Hausrecht“ und mit der Behauptung, die Kunstwerke wür-

den Antisemitismus und Sexismus verbreiten sowie Hetze schüren. Der *Düsseldorfer Aufklärungsdienst* platzierte daraufhin anstelle der entfernten Kunstwerke leere Bilderrahmen mit einer Erklärung sowie einem QR-Code, der auf die Webseite des DA! Art Awards führte. Dass ihr Eingriff in die Kunstfreiheit auf diese Weise sichtbar gemacht wurde, gefiel Museumsleiterin Anna allerdings ebenfalls nicht – auch diese Exponate mussten weg.

Behördliche Hetze

Formal ist es sicherlich richtig, dass es zum Hausrecht eines Museums gehört, über die in seinen Räumen ausgestellten Kunstwerke zu entscheiden. Und selbstverständlich obliegt der Museumsleitung eine Sorgfaltspflicht zu prüfen, ob Ausstellungsstücke gegen Gesetze verstoßen. Wie diese Aufgabe erfüllt wird, entscheidet darüber, ob ein Museum seine gesellschaftliche Verantwortung wahrnimmt oder ob es Zensur ausübt. Im Fall des Düsseldorfer Stadtmuseums und seiner Leiterin Susanne Anna dürfte letzterer Fall vorliegen.



Ihr Vorgehen erinnert doch sehr stark an den Berliner Polizeipräsidenten Bernhard von Richthofen, der seit Mitte der 1880er Jahre die Berliner Theaterszene mit Verboten terrorisierte und von dem der Ausspruch stammt, die Aufführung (von Hermann Sudermanns Drama *Sodoms Ende*) werde untersagt, „weil es uns so passt“. So selbstherrlich diese Aussage wirken mag, sie erscheint in ihrer brüskten Ehrlichkeit geradezu sympathisch gegenüber dem, was Museumsleiterin Anna und die Düsseldorfer Stadtverwaltung inszenierten. Denn anders als zu Kaisers Zeiten sind Behörden heute bemüht, den Eindruck zu erwecken, dass sie nicht nur formal, sondern auch moralisch im Recht seien, wenn sie den Bürger:innen ihre Vorstellungen – hier: von Kunst – aufzwingen.

Dabei kommt es zu einer Täter-Opfer-Umkehr. Nicht die staatlichen Stellen, die dem Publikum zwei Kunstwerke vorenthalten, üben Zensur aus – die Künstlerin und der Künstler selbst haben zu verantworten, dass ihre Bilder abgehängt wurden. „Das Stadtmuseum ist der Wahrung eines respektvollen und diskriminierungsfreien Raums verpflichtet“, schrieb das Presseamt der Stadt Düsseldorf auf Anfrage des *Humanistischen Pressedienstes*. Die zensierten Werke hingegen enthalten angeblich Darstellungen, „die Mitglieder religiöser Gemeinschaften sowie andere gesellschaftliche Gruppen diskriminieren und verletzen“. Das Stadtmuseum, so heißt es weiter, trage die Verantwortung dafür, dass „keine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ geschürt werde. Nachdem der kommunikative Rahmen nun aufgezo- gen ist, holt die Stadtverwaltung zum großen Schlag



Nicht im, sondern nur vor dem Museum: Künstlerin Anika Danielle Wagner mit ihrem Bild *Peace*. Ebenfalls ausgeschlossen wurde das Werk *Klagemauer auf Koran* von Ahmad Rafi (Fotos: Achim Horn)

aus, um die Betroffenen grundlegend zu disqualifizieren: „Im vorliegenden Fall wurden die betreffenden Werke aufgrund von antisemitischen, sexistischen und hetzerischen Inhalten nicht in die Ausstellung integriert.“

Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitis-

mus, Sexismus, Hetze – wer in solch geballter Form mit derartigen Vorwürfen belegt wird, wird aus der zivilisierten Gesellschaft ausgeschlossen und in den Dunstkreis extrem rechter Verfassungsfeinde gerückt. Es fällt jedoch auf, dass keinerlei Begründung angeführt wird, wie sich Antisemitismus,

Sexismus usw. in den beiden abgehängten Kunstwerken denn äußern. Es bleibt der Eindruck, dass Museumsleitung und Stadtverwaltung offenbar ganz bewusst zum Mittel der Verleumdung der Kunschtschaffenden greifen, um das eigene Handeln zu rechtfertigen.

Und so ist es genau umgekehrt: Nicht die Kunstwerke, sondern das Düsseldorfer Stadtmuseum und die Stadtverwaltung betreiben Hetze, indem sie mit schwerwiegendsten, aber unbelegten Unterstellungen arbeiten.

Extrem rechtes Kunstverständnis

Schon dies wäre skandalös genug. Doch mit Blick auf das Motto der Ausstellung – *Check Your Dogma* – wird die Angelegenheit zu einem Lehrstück, wie weit extrem rechte Vorstellungen über Kunst in die Mitte der bürgerlichen Gesellschaft vorgedrungen sind.

Es dürfte zu den wichtigsten Funktionen von Kunst gehören, neue Perspektiven zu eröffnen, Aussagen zur Diskussion zu stellen, die im politischen Diskurs nicht vorkommen oder sogar tabuisiert werden. Dies kann geschehen, indem das Publikum irritiert, vielleicht sogar verstört wird. Im Themenimpuls des *DA! Art-Award 2024* hieß das: beim Publikum „Selbstreflexionen ... provozieren“.

Museumsleiterin Anna konterkariert dieses moderne Kunstverständnis und legt eine autoritäre Einstellung an den Tag, die an Selbstreflexion keinerlei Interesse zeigt. Nüchtern betrachtet verhält sie sich nicht anders als AfD-

Kommunalpolitiker:innen, die vor allem in der ostdeutschen Bundesländern daran arbeiten, der Kultur das kritische Potential auszutreiben. Während diese die Kulturförderung an sich zusammenstreichen und das gesamte Angebot so austrocknen wollen, begnügt sich Museumsdirektorin Anna damit, einzelne Kunstwerke, die ihr nicht passen, aus der Ausstellung zu nehmen. Während die AfD Kulturpolitik darauf ausrichten möchte, eine „deutsche Identität [zu] verteidigen“, führt Dr. Anna die Abwehr von „Diskriminierung“ und „Antisemitismus“ ins Feld. Mit dem Vokabular wird jeweils die politische Klientel bedient, von der sich die AfD bzw. Dr. Anna Zustimmung erhoffen. Einen grundlegenden Unterschied im Kunstverständnis bedeutet dies aber nicht: Beide zielen darauf ab, in ihren Augen provokative Kunst zu unterbinden; beide sind ganz offensichtlich vereint in ihrer Vorstellung einer Kunst ohne Ecken und Kanten, die beim Publikum vor allem eins hervorruft: Wohlgefallen.

Dabei hätte es einfache Alternativen gegeben, die Ausstellung gerade mit ihren provokativen Kunstwerken im Sinne des Mottos „*Check Your Dogma*“ wirken zu lassen: Wenn Beschwerden geäußert worden wären, hätten die Künstler mit den *konkreten* Einwänden konfrontiert werden müssen. Und an alle, die Kritik vorbringen, hätte die Aufforderung ergehen müssen, diese nicht bei der Verwaltung, sondern öffentlich zu äußern. Und dann hätten alle Beteiligten zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen werden können, um gemeinsam über ihre „Dogmen“ zu sprechen. – Aber dafür hätte es bei Museumsleiterin Anna eines anderen, modernen Kunstverständnisses bedurft.

„Äußerungen über die Vorhaut Jesu wurden im Jahre 1900 päpstlicherseits untersagt“

Ein Interview mit Rolf Cantzen über seinen neuen Roman, der dieses Verbot nicht einhält

„Eine Reliquienverschwörung“ – so lautet der Untertitel von Rolf Cantzens neuem Roman *Magische Haut*, der im Sommer erschienen ist. Aber in dem Buch geht es nicht in erster Linie um eine religiöse Praxis, die im deutschsprachigen Raum keine allzugroße Rolle mehr spielt, sondern um die sehr aktuelle Frage des Machterhalts der katholischen Kirche in Zeiten fortschreitender Säkularisierung und des Missbrauchsskandals. MIZ sprach mit dem Autor über Fiktion und Realität, über Vorhaut-Kapläne und vorgebliche Aufklärer.

MIZ: Was ist denn eine „Reliquienverschwörung“? Rotten sich da Knochensplitter, Tuchfetzen und andere heilige Kleinigkeiten zusammen, um die Welt zu erobern?

Rolf Cantzen: Ja, genau darum geht es: Ein letztes Aufbäumen einer finanziell gut ausgestatteten Organisation, die sich darauf besinnt, dass allerlei Obskures sie lange an der Macht gehalten hat. Doch die Schweißtücher, Kreuzessplitter, das Ei des Heiligen Geistes, die Knochen und Schädel von merkwürdigen Heiligen haben eigentlich längst ausgedient. Da fragt sich eine Gruppe frommer Männer, warum sie nicht die Vorhaut Jesu reaktivieren sollen, aber nicht mehr als hochheilige Reliquie, sondern als leibhaftiges Stückchen vom göttlichen Glied. Die Suche nach der wahren Vorhaut führt sie in Klöster, Museen und Kirchenkeller. Schließlich werden sie fündig.

MIZ: Nun gibt es die Vorhaut Jesu (oder was dafür ausgegeben wird) ja wirklich und tatsächlich auch mehrfach. Wie weit bildet dein Roman Realität ab,

und ab wann nimmst du dir literarische Freiheit?

Rolf Cantzen: Ja, es gibt 13 Vorhäute Jesu, andere sprechen von 17, aber ich wollte nicht übertreiben. Sie wurden an unterschiedlichen Orten Europas verehrt. Ich habe ein wunderbares Buch gefunden aus dem Jahre 1907, das darüber informierte, an welchen Orten Vorhäute verehrt wurden und wie. Ich habe mich dann für eine Vorhaut entschieden – natürlich die echte – und bin ihr mit mehreren Geschichten durchs späte Mittelalter zur Plünderung Roms 1527 gefolgt. Die echte Vorhaut, da bin ich ganz sicher, würde jetzt noch in Hildesheim liegen, wäre sie nicht gestohlen und zweckentfremdet worden – in meinem Roman – durch die „Getreuen des wahren Katholizismus“. Die echte Vorhaut ist übrigens am Geruch zu erkennen, besonders an den Jahrestagen ihrer Abtrennung, also am 1. Januar und kurz danach. Sie riecht dann ein wenig nach Fisch und Weihrauch. Das ist nichts Besonderes. Die Reliquien der Heiligen aktivieren



Rolf Cantzen studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik in Hannover und Berlin. Er arbeitete als freier Autor und als Hörfunkjournalist für das Feature-, Bildungs- und Wissenschaftsprogramm verschiedener Sender, wie dem WDR und dem *Deutschlandfunk*. Einige seiner Recherchen zu Philosophie, Religionen, politischen Theorien, Kulturgeschichte und Literatur, die ihn in lustig-haarsträubende, aber auch haarsträubend ernste Bereiche führten, erschienen als Bücher. 2024 wurde Rolf Cantzen für sein *Deutschlandfunk*-Radiofeature „Deserteure in der Geschichte: Nicht töten und nicht getötet werden“ mit dem Alternativen Medienpreis in der Sparte Geschichte ausgezeichnet. (Foto: privat)

sich, so ist zu lesen, sie duften dann, bluten sogar und tun gelegentlich Wunder. Wenn das vergleichsweise banale Reliquien schaffen, warum dann nicht das Filetstückchen? Dass die Vorhaut mit Jesus post mortem in den Himmel auffuhr, um dort wieder am alter Stelle anzuwachsen, haben Theologen ernsthaft diskutiert – allein schon deshalb, weil Jesus ja Christ geworden ist, und christliche Männer darüber verfügen. Aber was soll ein erwachsener Jesus mit so einer Babyvorhaut? Im Roman werden die unterschiedlichen theologischen Auffassungen in dieser Sachen nebenbei kontrovers diskutiert.

MIZ: Kannst du zu dem Kult um die Vorhaut ein bisschen mehr sagen?

Rolf Cantzen: Es gab mehrere Kulte um die Vorhaut. Die schönste wohl in Antwerpen. Dort gab es eine Vorhaut-

Kapelle, die von einem Vorhaut-Orden betrieben wurde. Vorhaut-Kapläne veranstalteten zum Jahrestag Prozessionen durch Antwerpen, die den Vorhaut-Kult als eine Art patriarchalen Fruchtbarkeitskult erkennbar machen. Ich habe das genau recherchiert und noch ein bisschen mehr dazu geschrieben. In einer italienischen Stadt, in Calcata, wurde noch bis in die 1960er Jahre die Vorhaut verehrt. Doch diese Vorhaut war die falsche, ein Fake, das deutsche Söldner dort hinterlassen haben. Im Roman wird klar, wie es dazu kam.

MIZ: Bekannt bist du eigentlich als Autor von Radio-Features zu Kulturthemen. Das ist von der Form her ja „Sachbuch zum Hören“. Was reizt dich als Autor an literarischen Texten?

Rolf Cantzen: In meinen Features und auch bei meinen „Sachbüchern“ muss ich mich, auch wenn es mir manchmal schwerfällt, an die Fakten halten. So ein Roman erlaubt es, über die Fakten hinauszugehen, um sie noch ein wenig kenntlicher zu machen oder sie ins Groteske zu steigern. Das habe ich bei meinem ersten Roman – *Mordskarma* – gemacht. Dort ging es um die Esoterikszene. Für *Magische Haut* habe ich mir zugängliche Literatur gelesen. Eine kleine Literaturauswahl habe ich angehängt. Da aber Äußerungen über die Vorhaut Jesu im Jahre 1900 päpstlicherseits untersagt worden waren, bot sich hier eine gute Gelegenheit, diese Leerstelle ein wenig aufzufüllen.

MIZ: Es fällt auf, dass der Roman aus verschiedenen Perspektiven erzählt wird, und zwar durch wechselnde Ich-Erzähler. Welche Vorteile bringt diese Art des Erzählens mit sich?

Rolf Cantzen: Möglich wurde es so, über die Jahrhunderte hinweg die Geschichte zu verfolgen. Außerdem lasse ich meine Protagonisten in Ich-Form berichten. Das erlaubte mir eine größere Nähe zu meinen Figuren, wenn zum Beispiel meine Protagonistin, eine Nonne, wie die Heilige Theresa vom Engel mit dem Goldenen Pfeil träumt. Ein weiterer Vorteil dieser unterschiedlichen Perspektiven: Die Akteure können sich auch gegenseitig beschreiben. Da brauche ich keine übergeordnete, erklärende Position.

MIZ: Besonders intensiv erzählt erscheinen mir übrigens die Stellen, in denen die unsympathischen Charaktere zu Wort kommen...

Rolf Cantzen: Nun ja, gläubige Katholiken können böse sein, hinterher beichten, dann erhalten sie die Absolution. Ich kann schreibend böse sein, mir selbst die Absolution erteilen und bin hinterher wieder ein netter Mensch.

MIZ: Du hast dich in Sachbüchern und Radiobeiträgen mit dem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in kirchlichen Einrichtungen beschäftigt. Spielt das Thema in *Magische Haut* eine Rolle?

Rolf Cantzen: Ja, Renatus, eine meiner Hauptfiguren, lebt in einem Internat, das dem sehr ähnelt, in dem ich einige Zeit verbringen musste. Ich habe heute noch die Gerüche in der Nase und die Geräusche im Ohr. Im Roman geht es allerdings nur nebenbei um sexualisierte Gewalt. Ich habe lange recherchiert zu sexualisierter Gewalt in Internaten und der kirchlichen „Aufklärung der Fälle“. Diese verlief in „meinem“ Internat nahezu reibungslos. Der Aufklärer – heute ist er Bischof in Hildesheim – gibt mir trotz mehrfacher Anfragen dazu kein Interview. Ich habe mit Opfern gespro-



Die Beschneidung Jesu ist ein vielfach in Kunstwerken festgehaltener Moment der christlichen Überlieferung. Da verwundert es nicht, dass im Mittelalter mehr als ein Dutzend magische Hautschnipsel als Reliquien verehrt wurden.

chen, die das Erlebte nicht veröffentlicht sehen wollten. Ich habe das respektiert, konnte aber Einiges im Roman thematisieren und einen der bekannten Täter erging es im Roman übler als in der Realität.

MIZ: War die Bearbeitung des Themas in Romanform für dich dann sowas wie „therapeutisches Schreiben“?

Rolf Cantzen: Ein sehr guter Freund von mir noch aus alten Internatszeiten ist Psychotherapeut. Er sagt immer: „Dieses katholische Internatszeug, das werden wir nie los.“ Ich antworte immer: „Das wollen wir doch mal sehen.“ Natürlich hat er Recht, aber ich habe es immerhin mit diesem Roman versucht.

MIZ: Gibt es schon Rückmeldungen auf den Roman, beispielsweise von Betroffenen?

Rolf Cantzen: Ein Literaturwissenschaftler gratulierte zur gelungenen Montagetechnik. Ein früherer Internatszögling meinte, ja so war es, aber warum hast du nicht mehr von den



Reliquien zogen schon immer aufklärerischen Spott auf sich. Unser Foto zeigt eine Aktion des *Libertären Forums Aschaffenburg* in den frühen 1990er Jahren auf dem Römerplatz in Frankfurt. Neben dem ersten Stein und Kreuzesteilen wurde auch die Vorhaut Jesu angeboten – im Dutzend billiger! (Foto: privat)

Pfaffen umgebracht? Andere hielten es für spannend, witzig und gut lesbar. Einen sehr gebildeten Menschen hat es gefreut, dass so wenig frei erfunden war. Und ein treuer Hörer meiner Radiosendungen schrieb mir: „Interessanter Versuch, aber vielleicht sollten Sie besser Radiofeatures schreiben.“

MIZ: Zu deinem Personal gehört auch eine erzreaktionäre katholische

Gruppierung, deren Mitglieder die katholische Kirche vor der Bedeutungslosigkeit retten wollen. Gibt es dafür ein historisches Vorbild?

Rolf Cantzen: Ich habe schon ein wenig an das *Opus Dei* gedacht.

MIZ: Wir wollen natürlich nicht verraten, wie die Geschichte ausgeht, aber gibt es am Ende sowas wie ein Happy-End?

Rolf Cantzen: Es bleibt ein wenig in der Schwebe, könnte sogar noch weitergehen. Aber immerhin emanzipiert sich die zentrale Figur von seinen Erzeugern und will die ihm zugewiesene Rolle nicht übernehmen. Die Kirchen-Rettungs-Bemühungen erleiden zunächst einen Rückschlag. Aber sie haben noch etwas in petto, beziehungsweise im Labor...

Die Fragen stellte Martin Bauer.

Rolf Cantzen: Magische Haut. Eine Reliquien-verschwörung. Roman. Aschaffenburg 2024, Alibri. 289 Seiten, Klappenbroschur, Euro 18,-, ISBN 978-3-86569-403-4

Rezension

Peter Rüttgers: Religiös verfolgt im Herkunftsland und in Deutschland. „Als hätte ich mein Heimatland nicht verlassen!“. Münster 2023, LIT Verlag. 84 Seiten, kartoniert, Euro 16,90, ISBN 978-3-643-15383-8; E-Book Euro 11,90, ISBN 978-3-643-15383-2

Flüchtlinge aus islamischen Ländern werden oft als Muslime wahrgenommen. Diese verzerrte Sicht blendet aus, dass viele gerade deshalb fliehen, weil sie es nicht sind. Unterdrückung und Verfolgung durch islamische Regime, aber auch die Bedrohung durch nicht-staatliche islamistische oder ultrakonservative islamische Akteure gehören zu den Hauptfluchtursachen. Betroffen sind auch Menschen, die mit dem Islam gebrochen haben. Dass diese sogar nach gelungener Flucht nicht sicher sind, verdeutlicht Peter Rüttgers am Beispiel nach Deutschland geflüchteter atheistischer Ex-Muslim:innen.

Zunächst geht er auf die Situation in den Herkunftsländern ein und zeigt, wie dort der politische Islam an Boden gewinnt, eine verstärkte Islamisierung bzw. Re-Islamisierung stattfindet, die dann Menschen, die nicht schariakonform leben, insbesondere Frauen, Homosexuelle oder eben Nichtreligiöse, zur Flucht zwingt. Islamisierungsbestrebungen sind aber ebenso in westlichen Ländern zu beobachten, wobei vor allem aus Katar gesponserte Netzwerke der Muslimbruderschaft eine Schlüsselrolle spielen. Die Folge sind umfassende, von Politikern oft geförderte parallelgesellschaftliche islamistische Strukturen auch in Deutschland.

Für nach Deutschland geflüchtete religiöslose Ex-Muslim:innen er-

gibt sich eine Situation, in der diese nach wie vor der Gefahr islamistischer Verfolgung und Bedrohung ausgesetzt sind. Die Protagonist:innen des Buches beschreiben die Zustände in ihren Herkunftsländern, erzählen, wie sie an ihrem Glauben zu zweifeln begannen und schließlich mit diesem brachen, wie sie sich angesichts der oft lebensbedrohlichen Gefahr, in die sie infolgedessen gerieten, schließlich zur Flucht entschlossen.

In Sicherheit sind sie dennoch nicht. In Flüchtlingsunterkünften sind sie Drohungen und physischen Angriffen durch strenggläubige muslimische Bewohner ausgesetzt. So berichtet der ägyptische Flüchtling Hisham Nofal, wie er in einem Flüchtlingsheim geschlagen wurde und sich einmal nur durch einen Sprung aus dem Fenster retten konnte. Von den Behörden werden die Betroffenen oft im Stich gelassen. Auch außerhalb von Flüchtlingsunterkünften setzen sich die Bedrohungen fort. Als die Irakerin Worood Zurair in einem Volkshochschulkurs den Koran kritisierte, wurde sie von muslimischen Kursteilnehmer:innen beschimpft und physisch bedroht. Die Lehrkräfte haben weggeschaut.

Rüttgers geht von einer hohen Dunkelziffer von Menschen aus, die nach ihrer Flucht weiterhin religiös verfolgt werden. Religionsfreien Geflüchteten müsse eine Stimme gegeben werden, Religionslosigkeit und Apostasie müsse als Fluchtgrund anerkannt werden. Dazu gehöre auch, diese Menschen vor weiterer Verfolgung zu schützen.

Das Buch gibt einen lehrreichen Einblick in deren wenig bekannte Lebenssituation.

Klaus Bleeß

Internationale Rundschau

Dies ist die erste *Internationale Rundschau* nach dem Tod von Gerhard Rampp, der die Rubrik mit ihren bislang über 5000 Meldungen vier Jahrzehnte lang betreut hatte.

Wir haben einige Veränderungen vorgenommen, die uns wir teilweise schon vor längerer Zeit empfohlen worden waren und die wir auf der Redaktionskonferenz im Sommer mit Gerhard besprechen wollten. Nun haben wir die Entscheidungen alleine getroffen und sind gespannt, wie sie bei unseren Abonnent:innen ankommen.

Die wichtigste Neuerung ist, dass die *Internationale Rundschau* jetzt nicht mehr nach Kontinenten, sondern nach Themen sortiert ist. Wir gehen davon aus, dass die neue Anordnung den Informationsinteressen, die sich eher nach Themen ausrichten, entgegenkommen (lassen uns in der nächsten Feedback-Konferenz aber gerne auf Gegenargumente ein).

Zum zweiten wird die *Internationale Rundschau* kürzer. Ehrlicherweise ist das zumindest teilweise der Tatsache geschuldet, dass wir die Arbeitszeit, die Gerhard in die Zusammenstellung der Meldungen investiert hat, nicht vollständig ersetzen können.

Damit in Zusammenhang steht, dass die Arbeit nun auf mehrere Schultern verteilt ist. Neben der Redaktion gibt es mit Robert MacDonald einen „Korrespondenten“ für die USA, der vor allem die Veröffentlichungen der *Freedom From Religion Foundation* auswertet. Und generell gilt: wir sind für jeden Hinweis auf einen interessanten Artikel dankbar.

Alltag

Afghanistan

Die Taliban haben eine weitere Verschärfung des sog. Tugendgesetzes angekündigt: Die Abbildung von Lebewesen in Medien, Werbung und Internet soll schrittweise verboten werden. Vor allem Journalisten äußerten sich besorgt, dass dies das Ende jeglicher aktuellen Medienberichterstattung bedeuten könnte. Vor allem das Fernsehen verliert mit dieser Regelung seine Daseinsberechtigung.

Bereits während ihrer ersten Herrschaft (1996–2001) hatten sich die Taliban ausgesprochen medienfeindlich gezeigt. Damals waren nicht nur Fotos und Videos von Menschen und Tieren untersagt, sondern Radio und Fernsehen vollständig verboten.

Der *Humanistische Pressedienst* wies darauf hin, auch bei anderen Buchreligionen das Bildnisverbot vorkomme. Meist werden die Anweisungen aus dem Alten Testament aber nur auf „Götzenverehrung“ bezogen.

Humanistischer Pressedienst, 4.11.2024

Vereinigte Staaten

Milwaukee County. Die *Freedom From Religion Foundation* (FFRF) fordert eine gefährliche Eruv-Leitung von öffentlichem Grund zu entfernen. Ein Radfahrer, der kürzlich durch eine solche Leitung verletzt worden war, hätte durch den Draht sogar enthauptet werden können.

Eruvin sind Begrenzungen, die oft aus Draht bestehen und von orthodoxen Juden errichtet werden, um private Räume zu erweitern und so die Beschränkungen des Sabbats zu umgehen.

Freedom Form Religion Foundation, 11.10.2024

Bildung

Deutschland

Stuttgart. An der Universität Stuttgart sorgt eine Hochschulgruppe namens *Bibeltreff* für Aufregung. Sie soll der der Gemeinschaft *Himmlisches Jerusalem* nahestehen, die dem evangelikalen Spektrum zugerechnet werden kann und die davon ausgeht, dass „das zweite Kommen Jesu Christi“ unmittelbar bevorsteht. Dementsprechend gestaltet sich auch die Öffentlichkeitsarbeit des *Bibeltreff*.

Die Plakate und Infostände sowie das gesamte missionarische Auftreten seien laut *Stuttgarter Zeitung* bei anderen Studierenden schon seit längerem auf Ablehnung gestoßen. Der Streit eskalierte nun im Mai, als ein Referent über Sonnenfinsternisse als „Zeichen am Himmel“ für die Wiederkunft Christi informierte. Da in dem endzeitlich ausgerichteten Vortrag nicht alle eine wissenschaftliche Information, wie sie an einer Universität zu erwarten wäre, sehen konnten, gab es Proteste. Schon während der Veranstaltung wurde ein Transparent entfaltet. Mittlerweile prüft die Studierendenvertretung die Anerkennung des *Bibeltreff* als Hochschulgruppe. Die Universitätsverwaltung hat verlauten lassen, sie wolle die „Prozesse der Raumvergabe und zur Genehmigung von Infoveranstaltungen auf dem Campus“ überprüfen.

Stuttgarter Zeitung, 25./26.5.2024

Vereinigte Staaten

Ryan Walters leitet im Bundesstaat Oklahoma das State Department of

Education. Im Juni kündigte er an, dass zukünftig an öffentlichen Schulen die Bibel „als Unterrichtshilfe für den Lehrplan“ für die Klassen 5 bis 12 verwendet werden müsse. Ein Exemplar der Bibel solle in jedem Klassenzimmer vorhanden sein. Die meisten großen Schulbezirke Oklahoma haben sich allerdings geweigert, der Anordnung zu folgen, und sich auf staatliche akademische Standards berufen, die vom Gesetzgeber genehmigt wurden und die sie erfüllen müssen. Diese beinhalten keine obligatorische Verwendung der Bibel im Klassenzimmer.

Freedom From Religion Foundation, 4.10.2024

Ethik

Großbritannien

London. Die Labour-Abgeordnete Kim Leadbeater hat einen Gesetzentwurf ins britische Unterhaus eingebracht, mit dem die Sterbehilfe neu geregelt werden soll. Bislang galt im Vereinigten Königreich (bis auf Schottland) die Suizidhilfe als Straftat, die mit zu 14 Jahren Haft belangt werden konnte. Die Neuregelung sieht vor, dass zukünftig ein Richter und zwei Ärzte den Patientenwunsch, sterben zu wollen, bestätigen müssen. Die Vorlage ist noch nicht im Detail bekannt, der BBC gegenüber sagte Leadbeater, es gehe um unheilbar kranke Menschen.

Die anglikanische Kirche hat bereits Widerstand angekündigt. Ihr Oberhaupt, der Erzbischof von Canterbury Justin Welby, verlautbarte, nun würden sich noch mehr Menschen gezwungen fühlen, ihr Leben medizinisch beenden zu lassen. Er sitzt, wie 25 an-

dere anglikanische Bischöfe, im britischen Oberhaus, das dem Gesetz auch zustimmen muss.

Ärzteblatt, 16.10.2024

Frauenrechte

Belgien

Straßburg. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat eine Klage von drei Musliminnen gegen das „Kopftuchverbot“ an belgischen Schulen abgewiesen. Das Neutralitätskonzept des flämischen Bildungssystems, das das Tragen sichtbarer Glaubenssymbole generell verbietet, verstoße nicht gegen die Religionsfreiheit, da sich die Regelung auf alle religiösen Bekenntnisse erstrecke. Daher könne sie als verhältnismäßig angesehen werden.

Gegen das Neutralitätskonzept, das seit 2009 gilt, hatten drei Schülerinnen geklagt, die verschleiert zur Schule kommen wollten. In Deutschland hatte das Bundesverfassungsgericht das Berliner Neutralitätsgesetz, das ebenfalls vom Gleichheitsgrundsatz ausging, gekippt.

stern, 16.5.2024

Vatikan

Die *Freedom From Religion Foundation* (FFRF) hat den Papst für seine Äußerung zum Schwangerschaftsabbruch kritisiert. Dieser hatte Ärzte, die Frauen bei einer Abtreibung helfen, als „Killer“ bezeichnet. Bei einer Veranstaltung in Belgien, bei der er Vorschläge zur Ausweitung der gesetzlichen Frist für Abtreibungen kritisierte, sagte Papst Franziskus: „Ärzte, die so etwas tun, sind – erlauben Sie mir das Wort – Killer.“

Und dem kann man nicht widersprechen. Sie töten ein Menschenleben.“

Seine Bemerkungen sind besonders skrupellos angesichts der Geschichte gewalttätiger Angriffe auf Abtreibungskliniken, darunter allein in den Vereinigten Staaten elf extralegale Hinrichtungen von Abtreibungsärzten oder -personal durch Bürger. Die Bemerkungen des Papstes hätten, so die FFRF, medizinisches Personal, das bei Abtreibungen hilft, zur Zielscheibe gemacht. Die katholische Kirche behaupte, sich um „menschliches Leben“ zu kümmern, aber sie könne sicherlich nicht behaupten, sich um die Gesundheit von Frauen zu kümmern. Für den Papst seien Frauen entbehrliche Gebärmaschinen. Er beschrieb die Rolle der Frauen sogar als „fruchtbare“ Erzieherinnen, die Männer ergänzen.

Die Bedrohungen für Amerikanerinnen im gebärfähigen Alter durch den weltweiten Krieg der katholischen Kirche gegen reproduktive Rechte wurden diese Woche durch eine neue Klage deutlich, die zeigt, dass schwangere Frauen, die mit der Notwendigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs konfrontiert sind, nirgendwo in den Vereinigten Staaten mehr sicher sind – solange katholische Krankenhäuser sie abweisen dürfen. Dies gilt auch für Frauen, die in Hochburgen des Abtreibungsrechts wie Kalifornien leben.

Freedom Form Religion Foundation, 20.9.2024

Kirche & Geld

Deutschland

Geisenheim. In der hessischen Gemeinde Geisenheim gibt es eine Auseinandersetzung um Kirchenbaulasten. Das Stadtparlament hat mit deutlicher

Mehrheit entschieden, die Zahlungen an die Kirchengemeinde Heilig Kreuz Rheingau für die Sanierung des Stephanshäuser Pfarrhauses zu deckeln.

Durch die Eingemeindung des 1000-Einwohner-Dorfes Stephanshausen im Jahr 1976 hatte Geisenheim dessen Kirchenbaulast, die auf das Jahr 1755 zurückgeht, geerbt. Als das Pfarrhaus in dem Ortsteil saniert werden musste, forderte die Kirche Geld von der Kommune und erhielt insgesamt 209.000 Euro. Wie bei vielen Bauhaben hatten sich die Kosten im Lauf der Jahre erhöht. Schließlich einigten sich Stadt und Kirche darauf, dass weitere 39.000 Euro fließen sollten. Kurz vor der Stadtverordnetensitzung im September 2023 verlangte die Kirche dann wegen zuvor angeblich nicht erkennbarer Schäden noch einmal 51.000 Euro. Das brachte das Fass zu Überlaufen: Die Kommune weigerte sich nicht nur, den neuen Betrag nachzuschießen, sondern strebt seitdem die Ablösung der Baulast an.

Dabei beruft sich die Stadtverwaltung auf veränderte Verhältnisse. Denn das im 18. Jahrhundert der Vereinbarung zugrundeliegende Ziel, einen Pfarrer im Ort vorzuhalten, wird seit Längerem nicht mehr erfüllt. Das Pfarrhaus wird als Wohnung vermietet. Darin sieht der parteilose Bürgermeister Christian Aßmann einen „Wegfall der Geschäftsgrundlage“. Es könne nicht sein, dass die Kommune ein Pfarrhaus unterhalte, das nur „der Gewinnerzielung der Kirchengemeinde dient“, zitiert ihn die lokale Presse. Zudem sei die Identität von Bürger- und Kirchengemeinde Vergangenheit. Den zahlreichen nicht-katholischen Einwohnern sei nicht

zuzumuten, „Einrichtungen einer ihnen fremden Religionsgemeinschaft zu finanzieren“. Die Auffassung des Bürgermeisters wird offenbar durch ein Gutachten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes aus dem Jahr 2017 gestützt, dass dem Stadtparlament aber erst jetzt zur Kenntnis gelangte.

Da die Kirchengemeinde nicht bereit ist, auf die Zahlungen zu verzichten, kommt es möglicherweise zu einer gerichtlichen Klärung, die Grund-satzbedeutung erlangen könne.

Wiesbadener Kurier, 8.2.2024

München. Markus Söder hat dem Papst versichert, dass es in Deutschland bei den Staatsleitungen an die Kirchen bleiben wird. Die im Grundgesetz vorgeschriebene Ablösung werde nicht kommen, dies sei unter den Bundesländern so „intoniert“. Nach einer Privataudienz bei Papst Franziskus teilt der bayerische Ministerpräsident dies der Öffentlichkeit mit.

Die Staatsleistungen an die beiden großen christlichen Kirchen betragen jährlich über 600 Millionen Euro. In der Weimarer Reichsverfassung wurde ihre Ablösung festgelegt, ein entsprechendes Rahmengesetz wurde aber bis heute nicht verabschiedet. Die Ampelregierung hatte angekündigt, den Verfassungsauftrag in dieser Legislaturperiode zu erfüllen, was bisher am Widerstand der Ländern scheiterte. Während viele Länder die hohen Kosten (aufgrund der von den Kirchen geforderten Entschädigungssumme in zweistelliger Milliardenhöhe) fürchten, darf im Falle Bayerns von einer ideologischen Motivation ausgegangen werden.

Denn wenige Wochen später bezeichnete Söder die 77 Millionen Euro, die allein die katholische Kirche aus dem Haushalt des Freistaates erhält, als „gut angelegtes Geld“. Eine stabile Kirche stabilisiere auch den Staat. An Berlin gerichtet forderte er, „das Thema endgültig auf Eis“ zu legen.

Kirche+Leben, 11.5.2024; Domradio, 12.6.2024

Griechenland

Athen. In Griechenland stehen zwei ranghohe katholische Priester im Verdacht, Kirchengelder in Millionenhöhe veruntreut und in Nachtclubs investiert zu haben. Nach einem Bericht der Tageszeitung *Kathimerini* sind die Priester und ihre Geschäftspartner der griechischen Anti-Geldwäsche-Behörde ins Netz gegangen. Es gehe um rund drei Millionen Euro, die von kirchlichen Konten veruntreut worden sind. Begonnen hatten die Geldtransfers offenbar schon vor acht Jahren. Partner der katholischen Priester ist ein Nachtclubbesitzer, der nach Medienberichten bereits in der Vergangenheit mit Polizei und Justiz zu tun hatte.

katholisch.de, 25.10.2024, Redaktionsnetzwerk Deutschland, 26.10.2024

Vereinigte Staaten

Die *Freedom From Religion Foundation* (FFRF) hat eine formelle Beschwerde bei der für Religionsgemeinschaften zuständigen Steuerbehörde, dem *Internal Revenue Service* (IRS), eingereicht, da sie einen „Kamala Harris ist nicht religionsfreundlich“ betitelten Beitrag der *Catholic League* als eine politische Kampagne bewertet. Die *Catholic League* veröffentlichte am 24. Juli den

Artikel „Bewertung ihrer Kandidatur für das Präsidentenamt der Vereinigten Staaten“, der eindeutig die Leserschaft dazu ermutigen sollte, nicht für Harris zu stimmen. Am folgenden Tag wurde ein zweiter Artikel mit dem Titel „Spinning DEI for Kamala“ veröffentlicht. Es sei offensichtlich, so die FFRF, dass die *Catholic League* versuche, unter Verletzung der IRS-Vorschriften Stellung zur Präsidentschaftswahl zu beziehen.

Hintergrund ist eine Regelung im us-amerikanischen Steuerrecht, nach der eine Steuerbefreiung dann gewährt wird, wenn die Aktivitäten der Organisation nicht zu einem wesentlichen Teil auf eine Beeinflussung der Gesetzgebung oder der Teilnahme bei politischen Kampagnen ausgerichtet sind.

Freedom From Religion Foundation, 2.8.2024

Kultur

Deutschland

Stuttgart. Eine Aufführung der Opernperformance *Sancta* von Florentina Holzinger hat einige Zuschauer so erschüttert, dass es zu 18 Erste-Hilfe-Einsätzen kam. Das Stück ist inspiriert von Paul Hindemiths Einakter *Sancta Susanna*, der vor über 100 Jahren für Aufregung gesorgt hatte, weil der Text als gotteslästerlich empfunden worden war. *Sancta* thematisiert weibliches Begehren in einem lust- und leibfeindlichen Umfeld sowie religiöse und gesellschaftliche Gewalt – und ist insofern auch religionskritisch.

Auf der Webseite der Staatsoper ist ein Warnhinweis angebracht, dass die Aufführung „explizite sexuelle Handlungen sowie Darstellungen und

Beschreibungen von (sexueller) Gewalt“ zeige. Zudem ist *Sancta* erst ab 18 Jahren freigegeben. Trotzdem mussten bei den ersten beiden Aufführungen 18 Personen vom Besucherservice betreut werden, in drei Fällen musste ärztliche Hilfe gerufen werden. Auch wenn, wie das Opernhaus betont, Übelkeit und Ohnmacht im Theatersaal immer wieder vorkommen, erscheint die Anzahl relativ hoch, sodass davon ausgegangen werden kann, dass das Gesehene die Befindlichkeitsstörungen ausgelöst hat. Keine Angaben gibt es darüber, ob die Körperlichkeit der Performance oder Empathie mit den Opfern realer sexueller Gewalt in religiösen Kontexten als Ursache anzusehen ist.

Die Staatsoper hält jedenfalls an den Stück fest. Intendanten Viktor Schoner lässt sich mit den Worten zitieren: „Grenzen auszuloten und lustvoll zu überschreiten war von jeher eine zentrale Aufgabe der Kunst“.

Stuttgarter Zeitung, 8.10.2024; Der Spiegel, 10.10.2024

Eine Initiative *kirchenmanifest.de* hat sich dafür ausgesprochen, Kirchen als „Gemeingüter“ zu verstehen. Die Trägerschaft an Kirchenbauten soll einer Stiftung übertragen werden: „Wird das Eigentum an bedrohten Kirchenbauten und ihren Ausstattungen durch eine Stiftung übernommen, verringert sich der wirtschaftliche Verwertungsdruck“, schreibt die Initiative auf ihrer Webseite. Kirchen seien „Common Spaces“, die nicht allein privatwirtschaftlich als Immobilien betrachtet werden dürften. Deshalb dürfen sich Staat und Gesellschaft „ihrer historisch begründeten Verantwortung

für dieses kulturelle Erbe“ nicht entziehen. Im Gegenzug müssten die Kirchen „durch verlässliche Öffnungszeiten, durch wissenschaftliche Forschungs- und Vermittlungsprojekte sowie durch eine weitherzige Nutzungsperspektive allen zugänglich gemacht werden“.

Über die Finanzierung des vorgeschlagenen Stiftungskonzeptes finden sich weder im Manifest noch in den sonst angebotenen Unterlagen konkrete Ausführungen. Aus den in einem Dossier vorgestellten Vergleichsbeispiel der *Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur* lässt sich jedoch ableiten, dass der Löwenanteil von der öffentlichen Hand beigesteuert werden soll.

MIZ-Eigenrecherche; <https://www.moderne-regional.de/kirchenmanifest/>

Menschenrechte

Vatikan

Während eines öffentlichen Gebetes von Papst Franziskus zum Abschluss der Welsynode sind mehrere Anhänger der Reformbewegung *Wir sind Kirche* auf dem Petersplatz von der italienischen Polizei festgenommen worden. Sie hatten ein Transparent mit der Aufschrift „Equality“ gezeigt, mit dem sie die Gleichberechtigung von Frauen, Laien, queeren Menschen und Verheirateten in der Kirche forderten. Bereits nach wenigen Minuten sei die Gruppe von den Ordnungshütern aufgefordert worden, das Banner zu entfernen. Medienberichten zufolge seien sieben beteiligte Personen abgeführt und bis zu vier Stunden in Polizeigewahrsam festgehalten worden.

Im Frühjahr hatte der Papst in der Erklärung *Dignitas infinita* (Unendliche Würde) die „Gender-Ideologie“ als Verstoß gegen die von Gott gegebene Würde des Menschen kritisiert. Das Papier hatte klargestellt, dass die katholische Kirche die Gleichbehandlung von queeren Menschen ablehnt. Mit ihrem Anspruch, alle gleich zu machen, würden die Unterschiede ausgelöscht.

queer.de, 17.10.2024

Missbrauchsskandal

Deutschland

Erfurt. Das Bistum Erfurt hat den Jahresbericht 2023 der unabhängigen Aufarbeitungskommission nur in einer zensierten Fassung veröffentlicht. Laut Bischof Ulrich Neymeyr sei dies aus Datenschutzgründen unabdingbar gewesen. Dem widersprachen Kommissionsmitglieder. Sie sahen die Persönlichkeitsrechte aufgrund der Anonymisierung gewahrt.

Die siebenköpfige Kommission (darunter zwei Betroffene) nahm im Oktober 2021 ihre Tätigkeit auf. Sie soll klären, wie viele Fälle sexuellen

Missbrauchs Minderjähriger durch kirchliche Mitarbeiter es im Bistum seit 1945 gab. Daneben soll untersucht werden, wie die Kirche mit Opfern und Beschuldigten umgegangen ist und nach, die sexualisierte Gewalt ermöglichen oder ihre Aufdeckung erschweren, suchen. Die Arbeit soll bis Ende 2026 abgeschlossen sein.

In einem nun vorgelegten Zwischenbericht ist von 64 Tätern und 78 Opfern die Rede, wobei eine hohe Dunkelziffer angenommen wird. Viele der Betroffenen hätten in einem Waisenhaus, einem Kinderheim oder Altenheim gelebt; auch unter Messdienern habe es Fälle gegeben. Kritisch sieht die Kommission ihre Arbeitsbedingungen. So gebe es noch immer keine vom Bistum unabhängige Geschäftsstelle.

mdr.de, 29.10.2024

Neuseeland

In Neuseeland wurden rund ein Drittel der Menschen die zwischen 1950 und 2019 in kirchlicher oder staatlicher Obhut waren, Opfer irgendeiner Form von Missbrauch. Dem Bericht der Royal Commission of Inquiry zufolge handelt es sich um etwa 200.000 Personen, die nun mit Entschädigungen rechnen können. Ministerpräsident Christopher Luxon geht davon aus, dass die Entschädigungssumme sich auf mehrere Milliarden Dollar belaufen dürfte.

Die Vorwürfe reichen von Missbrauch, darunter Vergewaltigung, über Elektroschocks bis hin zu Sterilisation. Unter den Opfern seien überproportional viele Angehörige der indigenen Maori-Gemeinschaft

Bücher fürs Diesseits...

Neu im denkladen.de: Eine philosophische Aufforderung: Vergesst Kant! • Eine Studie über die geheimen Archive des Vatikan • Ein Atlas der KI — sowie viele weitere Bücher fürs Diesseits...

www.denkladen.de

gewesen sowie Menschen mit geistigen oder körperlichen Behinderungen. Vom Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche und vom Erzbischof von Canterbury als Oberhaupt der anglikanischen Kirche verlangte die Kommission eine öffentliche Entschuldigung.

Der Standard, 24.7.2024

Vereinigte Staaten

Das US-Innenministerium hat einen Bericht über seine dreijährige Untersuchung staatlich finanzierter Indianer-Internate veröffentlicht. Dieser zeigt die Schlüsselrolle des Christentums bei der Zerstörung der Stammesidentität und der familiären Bindungen zeigt.

Der Text dokumentiert die vielen indianischen Kinder, die in diesem System körperlichen, sexuellen und emotionalen Missbrauch erlitten haben. Das Innenministerium bestätigt, dass 973 Kinder der amerikanischen Indianer, Ureinwohner Alaskas und Ureinwohner Hawaiis in diesen Schulen starben. Im Jahr 1900 besuchte jedes fünfte indianische Kind im Schulalter ein Internat, von denen mehr als die Hälfte im Auftrag der Regierung von Kirchen und religiösen Organisationen betrieben wurden.

FFRF, 9.8.2024

Politische Einflussnahme

Vereinigte Staaten

Ende Januar verschickte Donald Trump ein Video an seine Anhänger, das ihn zum Gesandten des Allmächtigen erklärte. Unterlegt mit gravitatischer Musik verkündete eine Stimme aus dem Off: „Und am 14. Juni 1946 schaute Gott auf sein geplantes Paradies und sagte:

Ich brauche einen Kümmerer. Also gab uns der Allmächtige Trump.“

In den vergangenen Jahren haben sich strenggläubige Protestanten, die die Bibel wörtlich verstehen, zur treuesten Fangemeinde des Ex-Präsidenten entwickelt. Je nach Schätzung leben in den USA bis zu 70 Millionen evangelikale Wähler, und dass sie Trump inzwischen als eine Art Erlöser sehen, erklärt nicht nur den Erfolg des Ex-Präsidenten, der sich als republikanischer Präsidentschaftskandidat durchgesetzt hat. Es zeigt zugleich die enorme moralische Flexibilität der evangelikalen Bewegung in den USA. Denn viele Beobachter gehen davon aus, dass Trumps „Religiosität“ ausschließlich Wahlkampfziele verfolgt – und das eigentlich auch alle wissen.

Der Spiegel, 9.3.2024

Soziale Dienste

Deutschland

Wangen. Die katholische Kirchengemeinde Wangen möchte drei der Kindergärten in ihrer Trägerschaft an die Kommune abgeben. Der Gesamtkirchengemeinderat habe die „aus finanziellen Gründen“ einstimmig beschlossen. Die jährlich um fünf bis sechs Prozent rückläufigen Kirchensteuereinnahmen ließen keine andere Entscheidung zu. Da die Betriebskosten zuletzt u.a. aufgrund höherer Gehälter stark angestiegen seien, reiche der von der Stadt gewährte Betriebskostenzuschuss für Personal und Versorgung (Heizung, Strom, Wasser) nicht mehr aus. Dieser liegt derzeit bei 92%. Die Kirchengemeinde müsse etwa 320.000 Euro Eigenmittel aufbringen, die Diözese erlaube aber nur 150.000 Euro, so Stadtpfarrer Claus

Blessing. Auch das Angebot der Stadt, den Zuschuss auf 95% zu erhöhen sei nicht ausreichend.

Schwäbische Zeitung, 25.10.2024

Weltanschauungsfreiheit

Indien

Berlin. Wie die Gossner-Mission mitteilte, wurden zwei ihrer Anhänger im indischen Bundesstaat Assam vom Vorwurf der illegalen Missionstätigkeit freigesprochen. Mission gilt im von der an einem hinduistischen Nationalismus orientierten *Indischen Volkspartei* regierten Bundesstaat als „Verschwörung gegen den Staat“. Denn nach der Hindutva-Ideologie gelten alle Inder als Hindus, indische Christen und Muslime werden als Anhänger „fremdländischer Religionen“ gesehen.

Die beiden Angeklagten waren im Oktober 2022 verhaftet worden, als eine Reisegruppe der Gossner-Mission die Region besucht hatte. Im Falle einer Verurteilung hätten ihnen hohe Haftstrafen gedroht.

Vatican News, 30.10.2024

Mali

Douna-Pen. Nach Angaben der katholischen Hilfsorganisation *Kirche in Not* kommt es in der Region Mopti zu „Schutzgeld“-Forderungen gegenüber Christen. Islamisten sollen in mindestens zwei Ortschaften zunächst die Schließung der evangelischen und katholischen Kirche gefordert haben, um dann eine Zahlung von umgerechnet 40 Euro pro erwachsenem Gläubigen

zu verlangen. Nur dann sei ihnen die freie Religionsausübung gestattet (der Einsatz von Musikinstrumenten im Gottesdienst hingegen verboten).

Das Vorgehen der nicht näher benannten Islamisten erinnert an den Schutzbefohlenenstatus, den sich Angehörige der Buchreligionen durch die Zahlung einer Kopfsteuer, der Jizya, erkaufen konnten.

Vatican News, 31.10.2024

Pakistan

Islamabad. In der pakistanischen Hauptstadt ist es zu einer Demonstration gegen das Blasphemiegesetz gekommen. Zentrale Forderung war, den Missbrauch des Gesetzes durch islamische Fundamentalisten zu beenden. Dafür solle eine von der Regierung unabhängige Kommission eingerichtet werden, die Fälle von falschen Blasphemie-Beschuldigungen untersuchen soll. Die Teilnehmenden, so die katholische asiatische Nachrichtenagentur *ucanews*, waren vor allem Betroffene und ihre Familienmitglieder. Häufig werde der Blasphemie-Vorwurf dazu eingesetzt, um Geld zu erpressen. Die Opfer sind in erster Linie Muslime, derzeit sollen 450 Menschen aufgrund solcher Anschuldigungen im Gefängnis sitzen.

In Pakistan kommt es immer wieder zu Verurteilungen wegen angeblich blasphemischer Äußerungen. Erst im September war eine Christin zum Tode verurteilt worden, weil sie in einer WhatsApp-Gruppe blasphemische Inhalte geteilt haben soll.

Impressum

MIZ – Materialien und Informationen zur Zeit

Politisches Magazin für Konfessionslose
und AtheistINNen

ISSN 0170-6748

Redaktion: Christoph Lammers (v.i.S.d.P.), Nicole Thies

Ständige Mitarbeiter:innen: Petra Bruns, Colin Goldner, Robert MacDonald, Michael Schröter

Anschrift der Redaktion: MIZ-Redaktion,
Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560, Fax (06021) 62 62 569
redaktion@miz-online.de
www.miz-online.de

Meldungen für die Internationale Rundschau an:
Redaktionsbüro: verlag@alibri.de

Herausgeber: Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA e.V.), Limburger Str. 55, 53919 Weilerswist.

Verlag: Alibri Verlag GmbH

Druck: Druckhaus Stil, Stuttgart

Nachdruck und Vervielfältigung: Auch auszugsweise nur mit Genehmigung der Redaktion und vollständiger Angabe von Nr./Jahr und Nennung des ungekürzten Titels dieser Zeitschrift.

Leser:innenbriefe sollten als solche gekennzeichnet werden; sie erscheinen außerhalb der Verantwortung der Redaktion. Kürzungen bleiben vorbehalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

Manuskripte: Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos, Illustrationen und Datenträger keine Haftung. Sie werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Erscheinungsweise: vierteljährlich, jeweils April, Juli, Oktober und Januar.

Preis des Einzelheftes: Euro 6.- zuzüglich Porto.

Bezugspreis im Abonnement: Euro 20 (Inland), Euro 25 (Ausland), jeweils inkl. Porto u. Verpackung. Ein Abonnement umfasst vier Hefte; nach Ablauf verlängert es sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht vier Wochen nach Erscheinen der letzten im Abonnement enthaltenen Nummer schriftlich beim Alibri Verlag gekündigt wird. Für Mitglieder des IBKA ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

MIZ-Abonnement und Einzelbestellungen an:
Alibri, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg

Bankverbindung: Alibri Verlag GmbH, Sparkasse Aschaffenburg, DE23 7955 0000 0011 2978 68

Frühere MIZ-Ausgaben

Viele ältere Nummern der MIZ sind noch lieferbar. Ob Sie nun die MIZ kennenlernen wollen, ihre Sammlung komplettieren oder einfach mal reinschauen, wie die Zeitschrift vor zehn oder zwanzig Jahren ausgesehen hat – Sie können sowohl einzelne Ausgaben als auch sortierte Pakete nachbestellen.

MIZ 2/24 **Tempel Wissenschaft;** außerdem: Mission Freedom * Die Partei DAVA – eine Gefahr für unsere Demokratie * Weltanschauung und praktische Zugehörigkeit

MIZ 1/24 **Zum 100. Geburtstag von Karlheinz Deschner;** außerdem: Kirchliches Arbeitsrecht * Extreme Rechte in Israel * Muslimische Hochschulgruppen

MIZ 4/23 **Bedrohte Meinungsfreiheit;** außerdem: Feministische Außenpolitik * Kirchliche Wohnungsimmobilien * Die Israel-Debatte nach dem 7. Oktober

MIZ 3/23 **Grundregeln für eine gemeinsame Welt;** außerdem: Bremer Wahlrecht * Die Pseudowissenschaftlichkeit der Critical Studies * Apostasy Day

MIZ 2/23 **Über die schwindende Präsenz von Religionen;** außerdem: Die Türkei nach der Wahl * Säkularer Humanismus als Zukunftsbegriff

MIZ 1/23 **Alternative Fakten, exklusives Wissen;** außerdem: Staatsleistungen * Was ist säkularer Humanismus? * Atheist Day 2023

MIZ 4/22 **Zentralrat der Konfessionsfreien;** außerdem: Grundordnung oder Grundgesetz? * Interview mit dem Ethnologen Christoph Antweiler

MIZ 3/22 **Zum Anschlag auf Salman Rushdie;** außerdem: Politischen Justiz in Bayern * Kommunale Kirchentagsfinanzierung * FDP-Kirchenpapier

MIZ 2/22 **Selbstbestimmung am Ende des Lebens;** außerdem: Täterorganisation: Katholische Kirche * Was trennt uns wirklich? * Erasmus von Rotterdam

MIZ 1/22 **Erzwungene Aufarbeitung;** außerdem: Interview mit Masih Alinejad * Sogenannte Ehrenmorde sind keine Femizide

MIZ 4/21 **Transhumanismus;** außerdem: Kritik des Koalitionsvertrags * Christian Wolff und der Atheismus in China

MIZ 3/21 **Zersplitterter Universalismus;** außerdem: Idee eines Neutralitätsgesetzes * Interview zu Joseph Beuys

Einzelheft Euro 6.- (ab 2/24)

Probepaket (drei neuere Hefte) Euro 5.-

Schnuppern in den 90ern (10 Hefte) Euro 5.-

Schnuppern in den 80ern (10 Hefte) Euro 5.-



Heinz-Werner Kubitz

Der unterschlagene Jesus

Die Lehren des Paulus als geistige Wurzel
des Abendlands

257 Seiten, gebunden, Euro 22.-

ISBN 978-3-86569-405-8

Immer noch wird behauptet, dass das „christliche Abendland“ und seine Werte sich letztlich aus Jesus und seiner Verkündigung herleiten. Der Apostel Paulus wird dabei als der getreue Übermittler der Botschaft Jesu gesehen. Heinz-Werner Kubitz zeigt hingegen, dass Paulus sogar zentrale Lehren Jesu einfach unterschlägt.

Mit freundlicher Empfehlung

Bund für Geistesfreiheit
Augsburg



Aktion:

Der bfg Augsburg übernimmt die Kirchenaustrittsgebühr für Schüler, Studenten und Geringverdiener in Bayern. - info@bfg-augsburg.org

Alibri

Forum für Utopie und Skepsis • www.alibri.de
Postfach 100 361 • 63703 Aschaffenburg
Fon (06021) 62 62 560 • eMail verlag@alibri.de